unseren Redaktionsmitgliedern gehören prekär Beschäftigte, prekäre Selbständige, ehemalige Gewerkschaftssekretäre, ehemalige Opelarbeiter und heutige Rentner, Bildungsarbeiter (wie es früher im SB gehießen hätte), Uni-Lehrer und bestallte Forscher, real existierende Betriebs- und Personalräte in Lohn und Brot, Versicherungsrechtler, Vertreter der schreibenden Zünfte... – oft auch mehreres davon in einer Person vereint.

Während die Redaktion von 1983 noch beschrieb, dass es dort Sekretärinnen für Verwaltungsarbeiten etc. gab, ist diese Form der Arbeitsteilung fast vollständig aufgehoben in der jetzigen Redaktion. Von Satz, Layout und Aboverwaltung etc. abgesehen, arbeiten wir alle drei als Redakteure, Schreiber, in der Textakquise, als Übersetzer. Wir versuchen, uns zu diesem Zweck ein bis zweimal in der Woche im Büro zu treffen, um die nächste Ausgabe zu planen und zu besprechen, wer sich um welchen Text kümmert und welche Themen aktuell noch bearbeitet werden müssen. Die Textbearbeitung selbst findet oft erst zu Hause statt, wie auch manche Absprachen inzwischen per Email – zum Leidwesen des kollektiven Arbeitens. Das jedoch findet dann geballt während des Umbruchs statt.

Nicht nur die Zeitung

1983 schrieben die Kollegen: »Von daher sieht es nicht gerade rosig aus mit dem, was wir uns unter unserer Arbeit vorstellen. Wir sind damit ständig überfordert. Und versuchen, uns realistische Ziele zu stecken, ohne freilich diese Ansprüche aufzugeben. Dazu gehört ›noch‹: Teilnahme an Veranstaltungen, Mitwirkung an Diskussionen und Initiativen anderer. Wir sind ja keine Redigierer oder so was wie journalistische Transportarbeiter für andere. Wir wissen selber auch was – und gerade bei der redaktionellen Arbeit sammeln wir viel Erfahrungen. Eigene Initiativen, Tagungen, Konferenzen, das politische Ein- und Mitmischen gehört auch ›noch‹ dazu. Ganz zu schweigen von der Alltagsarbeit, die nach außen gar nicht bekannt, aber dennoch wichtig ist: das Vermitteln von Kontakten, Referenten, Informationen.« Diese Beschreibung von 1983 gilt für heute noch genauso, wobei letzteres heute Dank der technischen Entwicklungen wie Email und Internet zwar einfacher geworden ist, gesellschaftlich, politisch ist es aber dennoch schwieriger geworden, denn die Kreise der Aktiven, Engagierten und Interessierten sind nicht gerade groß im Moment.

Auch was 1983 über Aktivitäten, Initiativen, Tagungen, Konferenzen gesagt wurde, gilt noch für uns. Tie und *express* haben in Abständen von 2–3 Jahren eine gemeinsame internationale Konferenz organisiert, bei der über Alternativen zur Wettbewerbs- und Standortlogik, Organisierung von, für und mit den sog. Randgruppen der Lohnabhängigen u.v.m. diskutiert wurde. Wir arbeiten bei der Autokoordination mit, die sich zweimal im Jahr trifft, dem Austausch kritischer KollegInnen aus der Automobil- und Zulieferindustrie dient, immer wieder Absprachen über gemeinsame Initiativen, wie Interventionen in Tarifrunden, Unterstützung bei Ausschlussverfahren und anderen Repressalien, anstrebt, den werksübergreifenden Austausch zu industriepolitischen Tendenzen pflegt etc. Wir gehören zur Workers-Center-Initiative Rhein-Main, die sich einmal im Monat in Frankfurt a.M. trifft, ein eigenständiges Veranstaltungsprogramm entwickelt hat und mittlerweile sogar stolz auf die Gründung eines Stadtteilzentrums blicken kann! (S. Bericht in dieser Ausgabe des *express*) Natürlich unterstützen wir auch die Diskussionen der Gewerkschaftslinken bzw. sind in diese involviert, haben uns an den »Kostenrebellieren«-Konferenzen beteiligt und manchmal an den BUKO-Kongressen, wenn wir thematisch etwas Passendes beitragen können. Auch die Lidl-Kampagne haben wir unterstützt, soweit es in unserer »Macht« steht. Und zur Zeit bereiten wir gerade das Seminar zu »neuen und alten Arbeitskampfformen inner- und außerhalb des Betriebs« vor, das vom 3.–5. November in Gladenbach stattfinden wird (s. *express*, Nr. 6/2006). Das alles machen wir nebenher oder zusätzlich zur Redaktionsarbeit und unseren anderen Berufen, und das alles ist auch unverzichtbar, wenn wir nicht bloß im eigenen Saft schmoren wollen.

Die Kohle

Der *express* ist teuer. Die Druckkosten belaufen sich auf rund 9 000 Euro, der Versand 3 800 Euro, Miete, Telefon, Kopierer etc. machen zusammen 7 000 Euro aus. Dann kommen noch die Personalkosten von insgesamt 41 000 Euro im Jahr (lieber nicht umrechnen auf unsere Arbeitsstunden, wir tun es auch nicht!). Mit allem drum und dran kostet der *express* im Jahr 72 000 Euro. Das ist im Vergleich zu 1983, wo sich die Kosten auf insgesamt 160 000 DM beliefen, bedeutend weniger. Auf der anderen Seite der Rechnung stehen kalkulierbare Einnahmen über Abonnements und mehr oder weniger kontinuierliche Spenden in Höhe von 69 000 Euro. Einnahmen und Ausgaben halten sich also prekär die Waage – wenn wir uns in Sachen Deckungslücke anstrengen.

Das alles würde gemäß jüngster »Entdeckungen« und »Erfindungen« der Soziologie, wie Herr Müntefering – wider seine Intention, aber zurecht – bemerkte, glaubwürdig allen Anspruch auf »Unterschichten«-Zugehörigkeit geltend machen können, ist aber gleichwohl kein Grund zum Jammern: Das historische Ping-Pong-Match von Denunziation des »Pöbel« und Erhebung von »le peuple« ist noch nicht entschieden. *Proud to be underclass* – mit allem understatement, das dazu gehört.

Was ist nun das Fazit aus all dem? Wir versprechen Euch weder rosaroten Zeiten noch die Assoziation mit entsprechenden Parteibildungen. Parteinahme gleichwohl: reflexiv, anstrengend, unvollständig, langsam, beharrlich – all das.

Und wir werden uns bemühen, Eure Anregungen aufzugreifen nach all unseren Kräften, die auch Eure sein könnten. Seid herzlich eingeladen mitzuwirken an der Produktion, die weit mehr ist, als das, was Ihr in den Händen haltet.

Eure Neu-Frankfurter

Für die marginalen Reste der Klassenlinken

Liebe KollegInnen, liebe GenossInnen,
welchen Gebrauchswert hat *express* für mich? Eine einfache Frage, die ihr uns da in der Sommerpause mit auf den Weg gegeben hattet, und doch nicht ganz leicht zu beantworten. Auf den ersten Blick ist der Gebrauchswert relativ gering: Ich gehöre nicht zu den *express*-AbonnentInnen, lese ihn nicht regelmäßig und schreibe höchst selten für die »Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit«. Nur ab und an sind *express*-Artikel Gegenstand von Diskussion und Debatte in der *ak*-Redaktion oder in der *Gruppe Blauer Montag*. Das hat bei mir ganz persönlich weniger mit Desinteresse oder politischen Differenzen zu tun, sondern mit meinem ganz konkreten Leseverhalten. Es fällt mir in meinem politischen und beruflichen Alltag immer schwerer, die Flut von spannenden und wichtigen Informationen zu erfassen und zu verarbeiten. Ich habe mir ein Lesen nach Verwertungsgesichtspunkten angewöhnt: Konsum kurzer und knapper Häppchen, Artikel überfliegen, nach ihrer aktuellen und unmittelbaren Nützlichkeit sortieren (für einen eigenen Text, für eine aktuelle Diskussion, für aktuelle Öffentlichkeitsarbeit etc.). Für längere Texte, für Texte, die »eigentlich« gelesen werden sollten, für Bücher bleibt kaum Raum. In der Konsequenz kosten Zeitungen wie *express* und auch *ak* ganz banal zuviel Zeit. Ich kenne einige Leute, die ihr ak-Abo nur deswegen gekündigt haben, weil sie einfach nicht dazu kommen, die Zeitung wirklich zu lesen. Und für den Papierkorb ist das Abo letztlich doch zu teuer. Hinter manchen *ak*-Abos stecken WG- oder Projekt-Abos, also eine Zeitung für mehrere Leute, und auch ich profitiere von dem Austausch-Abo, das *express* und *ak* vereinbart haben. Ich denke, *express* steckt damit in einem ähnlichen Dilemma wie *ak* auch. Als linke Monatszeitung ist unsere Domäne der (längere) Hintergrund-, Analyse- oder Debattenartikel, der dann freilich auch mehr Lesemühe macht. Für die kurze Tagesaktualität können unsere Projekte gegen Tageszeitungen oder das Internet nicht konkurrieren. Selbst bei der ak-Rubrik »Haarrisse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit« greifen wir vor allem auf's Internet und auf den Newsletter des *labournets* zurück.

Und dennoch ist *express* wichtig. Weil es eine der wenigen Zeitungen ist, die erstens explizit Arbeit und Betrieb als zentralen Gegenstand der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung begreift, und die das zweitens von einem undogmatischen, gegenüber dem Arbeiterbewegungsmarxismus dissidenten Standpunkt ausmacht. Für die marginalen Reste einer Klassenlinken in der Bundesrepublik ist *express* damit ein wichtiger Bezugspunkt, und ich habe den Eindruck, dass er auch als solcher und nicht mehr als SB-Organ wahrgenommen wird. Zumindest scheint mir das AutorInnenspektrum deutlich breiter geworden zu sein. Der *express* scheint mir neben dem *labournet* das Medium zu sein, das »man kennen muss«, wenn man sich im Terrain linker Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit bewegt. Ich schreibe das nicht ohne eine Spur Neid, denn einen Teil dieser Rolle hätte ich auch gerne bei *ak* verortet.

Und nicht zuletzt ist *express* wichtig wegen der konkreten Menschen, die die Zeitung machen, und ihrer »Networking-Aktivitäten«. Die *express*-MacherInnen gehören zu dem Milieu, zu den Szenen, in denen ich mich bewege, die mir wichtig sind, auf die ich mich in meiner politischen Arbeit beziehe. Und das gilt nun definitiv nicht nur für meine Person, sondern für die Genossinnen und Genossen bei ak oder der *Gruppe Blauer Montag* ebenso. Ein zentraler Gebrauchswert des *express* liegt also darin, dass ganz konkrete Personen die Themen und Diskussionen der Zeitung auf Veranstaltungen, auf Kongressen, auf Vernetzungs- und Kampagnentreffen einbringen und vertreten. Und da kann ich als *ak*-Redakteur und Teil des *Blauen Montags* ganz klar sagen: gut, dass es *express* gibt.

Dirk Hauer

Dirk Hauer ist Mitglied des Blauen Montag und Mitarbeiter des ak.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Münchhausiaden als Programm

Existenzgründung zwischen Freiwilligkeit und stummem Zwang / Von Gisela Notz

We Can Do It!

Keine Angst vor Internet-Kannibalismus

Liebe *express*-Redaktion,
der *express* ist nützlich. Und er ist unpraktisch.
Eine Publikation, die diese Zeit dringend braucht. Und eine, die nicht mehr zeitgemäß ist. Über die politische Notwendigkeit der Zeitschrift *express* muss hier nicht mehr gesagt werden. Sie ist offensichtlich.

Jenseits der Inhalte einige Bemerkungen zu formalen und praktischen Fragestellungen.

Der *express* ist nicht mehr zeitgemäß, betrachten wir sein Layout. Ein Blick auf die deutschen Printmedien zeigt, wie sich diese im Laufe der Jahre verändert haben. Davon bleiben auch die Rezeptionsgewohnheiten von *express*-Lesern (und vor allem von denen, die es noch werden sollen) nicht unberührt. Der politische Anspruch des *express* fordert vom Leser die Anstrengung, sich mit »schwerer Kost« auseinander zu setzten. Dies ist unumgänglich. Aber ein editorisches Konzept sollte so angelegt sein, dass es den Zugang zu den Inhalten erleichtert und nicht verkompliziert. Der *express* wird dieser Anforderung nicht ausreichend gerecht. Sein Layout ist unübersichtlich und schreckt ab. Leser und Macher, die dieser Zeitschrift seit langem verbunden sind, werden dies so kaum wahrnehmen. Bei neuem Publikum, insbesondere der jüngeren Generationen, ist das eindeutig anders.

Die sich wandelnden Kommunikationsgewohnheiten stellen die Printausgabe nicht grundsätzlich infrage. Sie erfordern jedoch die Berücksichtigung von sich stetig wandelnden Rezeptions- und Diskursformen. Insofern ist die weitgehende Internet-Abstinenz des *express* kein Zeichen für eine aktive Zukunftsorientierung.

Der *express* ist unpraktisch. Die Artikel lassen sich bei Bedarf nicht kopieren. Sei es für das eigene Archiv, zur Verwendung in gewerkschaftlichen Zusammenhängen oder als Material für die Bildungsarbeit bzw. die universitäre Lehre. Gerade weil die Beiträge für mich einen hohen Nutzwert haben, ist die durch das Layout des *express* extrem verkomplizierte Weiterverwendung ausgesprochen ärgerlich.

Gibt es noch viele Publikationen, die nicht die Möglichkeit bieten, nach der Lektüre online zu gehen und den gerade gelesenen Artikel runter zu laden? Das kann man kostenpflichtig machen (pro Artikel), den Zugang an ein Printabo koppeln oder die Möglichkeit von Onlineabos schaffen.

Es gibt (bzw. gab) bei langjährigen Zeitungsmachern die tiefsitzende Angst, sich die Printausgabe durch eine Internetpräsenz zu kannibalisieren. Selbst wenn dem so wäre, es geht an dieser Publikationsform kein Weg vorbei! Es sei denn, man will weitgehend unter sich bleiben, mit einer langsam alternden und sich zunehmend verringernden Leserschaft.

Dies wäre dem *express* und uns allen nicht zu wünschen.

Ein erster Schritt, der kaum Aufwand verursacht, könnte ein Newsletter sein (vielleicht habt Ihr das schon?). Selbst komplette Feierabendredaktionen wie die »Z.« haben einfach einen großen Emailverteiler, in den jeder rein kommt, mit dem man mal was zu tun hatte. Und dann wird lediglich das Inhaltsverzeichnis der jeweiligen Ausgabe in die Mail geklickt und ab damit. Davor einen Standardsatz wie etwa: »hier die neue Ausgabe, und Exemplare lassen sich bestellen über ...«.

Ich konnte bei mir selbst schon öfter beobachten, dass einzelne Artikel, die ich so zur Kenntnis gebracht bekommen hatte, mich dazu veranlassten, ein Exemplar zu bestellen. Im Fall einer Publikation hat das bei mir dann letztlich auch zu einem Abo geführt.

Außerdem: Sehe ich ein Thema, welches einen Freund betrifft (seine Branche, sein Diss-Thema, seine Gewerkschaft...), dann maile ich diese Inhaltsverzeichnisse weiter und bekomme so auch regelmäßig von anderen Infos. Dieses Schneeballsystem kann nur stattfinden, wenn man etwas Elektronisches ins Netz gibt.

Abschließend:
Vor zwei Wochen rief mich Baba an: »Ey Juri, musse kommen ... in Betrieb.«

Ein mehrheitlich türkisch besetzter BR einer Metallbude, die dicht gemacht werden soll, sitzt vor einem Problem und weiß nicht, was tun. Ich habe dann zwei Stunden mit den Jungs beraten. Da war nix, keine Idee von Politikern ranholen, Bürgerbündnisse, Aktionen, Pressearbeit, Infopolitik gegenüber der Belegschaft...

Internet? Können wir nicht! Aber, sagte ich, von Euren 500 Kollegen können das welche. Und ein paar sind mit Sicherheit richtige Freaks, die sich bisher auf ihrer Kanickel-Site oder DingsbumsFan-Page ausgetobt haben. Lasst die Leute machen, ermuntern, einbeziehen, selber machen lassen. Die haben Spaß dran.

Eine gute Woche später steht da eine Spitzen-Internetseite, auf die jeden Tag 300 bis 500 mal zugegriffen wird, weil's auch ordentlich gemacht wird (übersichtlich, immer etwas Aktuelles, viele Bilder zum Wiedererkennen, witzig und provokant).

Was ich damit sagen will: Macht einen Aufruf an Eure Leser: »Wer hilft uns, ein CMS (Content Management System) einzurichten und unseren Internetauftritt du designen?« Wenn das CSM (und das kostet heute alles buchstäblich nix mehr) einmal steht, dann lädtst du jeden Monat nur noch die Texte hoch und fertig. Das Layout ist automatisch gegeben. Und man kann das bspw. so einstellen, dass von den Artikeln immer nur die erste Seite zu lesen ist, außer drei, vier Beiträgen, die man komplett freischaltet.

Onlineabo, einzelne Texte gegen Gebühr freischalten etc., das kann man dann alles nach und nach einrichten.

In diesem Sinne, die besten Wünsche für die Zukunft des *express* und einen lieben Gruß,

Juri Hälker

Juri Hälker ist Bildungsarbeiter, Uni-Mitarbeiter, IGMler und freischaffender Publizist

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Preis DM 1,-- erscheint monatlich in Offenbach Freitag, den 15 Dezember 1972 Null-Nummer

IN DIESER AUSGABE

Tarifrunden

Nach der Wahl

Internationale Arbeiterkämpfe

Aus Betriebs– und Arbeiterzeitungen

Lage der Arbeiterklasse

Möglichkeiten und Perspektiven sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Von Redaktion zu Redaktion

Vielen wird bekannt sein, dass der *express* mit seiner Internetpräsenz – die übrigens, wie uns gerade aufgefallen ist, weder beworben wird, noch im Impressum erscheint – beim LabourNet Germany (www.labournet.de/express) beheimatet ist. Schon erheblich weniger LeserInnen werden wissen, dass die Redaktion des LabourNet Germany diesen Internetauftritt ihres »Untermieters« pflegt und betreut, was übrigens gerade heute wieder erfolgt ist. Dies ist wohl die sichtbarste Folge der personellen Quer-Mitgliedschaften in den erweiterten Redaktionskreisen.

Beides, sowohl die gemeinsame Heimat im Internet als auch die enge Zusammenarbeit, hat gute Gründe: Denn wir haben die gleiche Zielgruppe (von Internetmuffeln abgesehen) und dabei weitgehend das gleiche – ausgehend vom *social movement unionism* weit gefasste – gewerkschaftspolitische Themenspektrum. Daher fällt es nie schwer, aus dem jeweils neuesten *express* einige Beiträge auszuwählen, die einerseits für den *express* werben sollen und andererseits das Angebot des LabourNet Germany hervorragend ergänzen.

Dies mag diejenigen verwundern, die annehmen, dass wir – als »Internet-Fachidioten« – zwangsläufig ein inhaltlich derart verwandtes und zudem noch veraltetes Printmedium für überflüssig halten würden. Und in der Tat hat das LabourNet einige Vorteile:

- Als »Tageszeitung« können wir natürlich schneller auf Neuigkeiten reagieren und diese verbreiten. So kommt es, dass im *express* einige, über den Tag hinaus relevante Informationen erscheinen, die denjenigen, die auch das LabourNet lesen, längst bekannt sind.
- Als Internetmedium haben wir – vom Kriterium der Lesbarkeit abgesehen – keine Beschränkungen, was Zeichen und Seiten betrifft; das entlastet sowohl die AutorInnen als auch die Redaktion erheblich.
- Der Zugang zu unseren Informationen ist erheblich leichter – Internet vorausgesetzt. Sie sind – im Gegensatz zum *express* – für jeden Interessenten kostenlos von überall auf der Welt zu erreichen.

Diesen Vorteilen zum Trotz und gerade als »Tageszeitung« beneiden wir unsere KollegInnen vom *express* durchaus. Die Gestaltung eines monatlich erscheinenden Blattes ist – gerade aus unserer Sicht – in einigen Punkten von Vorteil:

- weitgehende Entlastung vom im Internet-Medien-Bereich grassierenden Geschwindigkeitsdruck, ohne deshalb die durchaus wünschenswerte Faulheit zu unterstellen;
- die Möglichkeit, die Dinge aus einem gewissen Abstand zu betrachten, bewerten und zu kommentieren,
- und schließlich darauf basierend die vom Tagesgeschäft losgelöste Möglichkeit, hochrangige Beiträge von kompetenten Autoren oder wichtige Übersetzungen zu akquirieren.

Ausgehend von diesen Vor- und Nachteilen wird wohl offensichtlich, dass die beiden gewerkschaftslinken Medien sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern hervorragend ergänzen – zumal auch wir den Vorteil des Papiers in der Hand, gerade als Internetarbeiter, durchaus zu schätzen wissen...

Von dieser Gemeinsamkeit ausgehend bleibt uns nur:

a) Der Glückwunsch zu Eurer guten Arbeit und Eurer Hartnäckigkeit angesichts ähnlich prekärer Arbeitsbedingungen!

b) Euch darin zu bestärken, genauso weiterzumachen wie bisher – gute redaktionelle Arbeit erweckt immer Begehrlichkeiten, wie wir es auch erleben müssen. Aber: Es macht keinen Sinn, die ohnehin zu knappen redaktionellen Kapazitäten in einen erneuten Relaunch des Blattes, in die Erweiterung des Themenspektrums, in eine noch schönere Bebilderung zu stecken. Wir leben in harten Zeiten, die finanziellen Mittel sind äußerst knapp, die Themenvielfalt, die uns der Klassenfeind aufbürdet, ist unendlich groß und kompliziert. Lasst uns die Fähigkeit, komplizierte Sachzusammenhänge zu banalisieren, der Bildzeitung und verwandten Medien überlassen.

Wenn das Kapital den ganzen Menschen okkupiert, ist es zwingend notwendig, sich um das ganze Leben zu kümmern. Doch so schwer es beiden Redaktionen fällt, das – ausgehend vom *social movement unionism* weit gefasste – gewerkschaftspolitische Themenspektrum nicht ins Allgemeinpolitische auszuweiten: Weder *express* noch das LabourNet Germany wollten je die Tageszeitung und/oder andere Fachblätter ersetzen, und bei diesem starken Profil sollten wir bleiben, allen Begehrlichkeiten zum Trotz!

Mag Wompel und Ralf Pandorf

für die Redaktion des LabourNet Germany
Bochum, 13. September 2006, www.labournet.de

D 8197 E

express INTERNATIONAL

Preis: DM 0,50 erscheint monatlich in Frankfurt am Main Montag, den 6. Mai 1968 Jahrgang V, Nr. 57

Treibt Bonn den Notstand aus!

Das Rätsel der Multitude weiter anpacken

Der *express* sollte zweifellos seine Schwer- und Ausgangspunkte dort halten oder auszubauen versuchen, wo er offensichtlich verankert ist: in der Betriebs- und Gewerkschaftslinken, in den hoffentlich wieder stärker werdenden Konflikten und Auseinandersetzungen in der zunehmend prekarisierten Lohnarbeit.

Doch die Brückenschläge, die kontinuierlich in Richtung Erwerbslosenbewegung hergestellt, oder auch die Querverbindungen, die in letzter Zeit vermehrt zu migrationsbezogenen Initiativen gesucht werden, sind unverzichtbar und sollten gleichermaßen weiterentwickelt werden, um das »Rätsel der Multitude« anzupacken: die Probleme und Widersprüche der Auffächerung und Aufspaltung in tausende sozialer Realitäten, eben nicht nur von oben, sondern auch von unten! Allzu oft geht es in Protesten und Kämpfen um reine Partikularinteressenvertretung, nicht selten sogar um gegenseitiges Ausspielen (lassen), erst recht im globalisierten Kontext.

Die *express*-Artikel greifen diese Komplexitäten oft wohltuend auf und die Reduzierungen an, ohne sich damit in besserwisserisch-abstrakter Kritik zu verlieren. Insofern ist mir der *express* neben *analyse und kritik* zur wichtigsten Monatszeitung geworden, und ich hoffe sehr, dass Ihr mit ähnlichem Konzept weiterwerkelt ...

Hagen Kopp

kein mensch ist illegal/Hanau, Workers Center Initiative Rhein-Main

Auf Wanderschaft

Zum Stand der Workers Center Initiative Rhein-Main

Seit den Anfängen der Workers Center Initiative Rhein-Main im November 2003 haben wir im express, der sich regelmäßig an den Treffen der Initiative beteiligt, verschiedentlich über deren Aktivitäten berichtet, so z.B. über unseren »Workers Center Day« im April 2005 (»Kein Ort, nirgends? Viele Orte, überall!«, s. express, Nr. 4/2005) oder die Veranstaltung mit dem Europäischen Wanderarbeiterverband im November letzten Jahres, die sich der Frage widmete: »Mit transnationalen Gewerkschaften für die Rechte von ArbeitsmigrantInnen und gegen Lohndumping?« Immer wieder erreichen uns Nachfragen zum Stand des Workers Centers bzw. zur Frage, ob das Projekt auf Wanderschaft denn nun einen festen Ort gefunden hat. Im Folgenden ein kurzer Bericht zum Stand der Dinge und unsere Einladung zu den für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen:

Im Frühjahr dieses Jahres gab es zwar mit dem Streik bei Gate Gourmet erstmals einen konkreten praktischen Bezugspunkt, der sich auch regional aufgreifen ließ. Doch mit den grundlegenderen Schwierigkeiten, eine genauere gemeinsame Perspektive für die Workers Center Initiative zu formulieren, sowie mit der Fluktuation in den nur von Wenigen getragenen Treffen stand die Fortsetzung des Projektes im Laufe des vergangenen Jahres durchaus einige Male in Frage.

Mit den regelmäßigen Treffen der letzten Monate in einem zwar kleinen, aber beständigeren Kreis von fünf bis zehn Leuten hat sich die Initiative zumindest als Austausch- und Diskussionszusammenhang aber offensichtlich wieder stabilisiert.

Bereits früher war versucht worden, die Ansprüche und Möglichkeiten dieser regionalen Initiative den Interessen und Eingebundenheiten der Beteiligten entsprechend neu zu definieren. Ein Zitat aus einer Einschätzung vom letzten Jahr:

»Offensichtlich sind nicht die Kapazitäten vorhanden, um einen sich öfter treffenden und beständigen Kreis zu bilden, der auch unmittelbar zu eigener Praxis fähig oder gar in der Lage wäre, ein reales Workers Center als neuen Raum zu initiieren und zu tragen. Letzteres halten aber einige von uns auch nicht (mehr) für die vorrangige Frage, stattdessen wäre eine gegenseitige Bezugnahme und stärkere Kooperation von bestehenden Treffpunkten, Anlaufstellen und Basisinitiativen zumindest ein sinnvoller (Zwischen?)Schritt.« Insofern gab es dann folgenden konzeptionellen Vorschlag:

- »Die Workers Center Initiative Rhein-Main kommt weiterhin einmal im Monat zu einem regionalen Vernetzungstreffen zusammen, also in erster Linie ein Austausch von Leuten, die in Betriebs-, Beratungs-, Stadtteil-, studentischen, antirassistischen oder sonstigen Projekten und Gruppen involviert und/oder am aufgerissenen Zusammenhang von Prekarisierung und Migration interessiert sind. Vernetzung, Austausch und eventuell damit verbundene praktische Initiativen hängen also in erster Linie an den Ansätzen dieser Basisgruppen und den jeweiligen Zugängen zu Realitäten und Konfliktualitäten, um sich dann aufeinander zu beziehen oder gegenseitig zu unterstützen oder eben auch zu handeln/zu intervenieren. (Damit stünde also kein gemeinsames Workers Center mehr im Mittelpunkt, sondern eine eher »polyzentrische« Herangehensweise).
- Dem Konzept des »Workers Center Days« entsprechend planen und organisieren wir darüber hinaus zwei oder drei Mal im Jahr Veranstaltungen mit dem Ziel, möglichst unterschiedliche Realitäten und Projekte in eine übergreifende gemeinsame Debatte zu bekommen. Ein schon mehrfach diskutiertes, nächstes Beispiel wäre, den Europäischen Verband der Wanderarbeiter mit antirassistischen oder Stadtteilinitiativen ins gemeinsame Gespräch zu bringen.
- Schließlich gibt es in diesem monatlichen Treffen auch den Raum für eher theoretische Diskussionen rund um Prekarisierung und Migration, die bundesweit (gerade gibt es erste Überlegungen für eine Nachfolgekonferenz zu »Die Kosten rebellieren«) oder gar international (z.b. Impulse rund um den Euromayday) stattfinden, nicht zuletzt um vorgenannte Veranstaltungen auch weitergehend zu rahmen.«

Gesetzliche und tarifvertragliche Mindestlöhne in Europa

Ein vergleichender Überblick von Thorsten Schulten*, Teil I

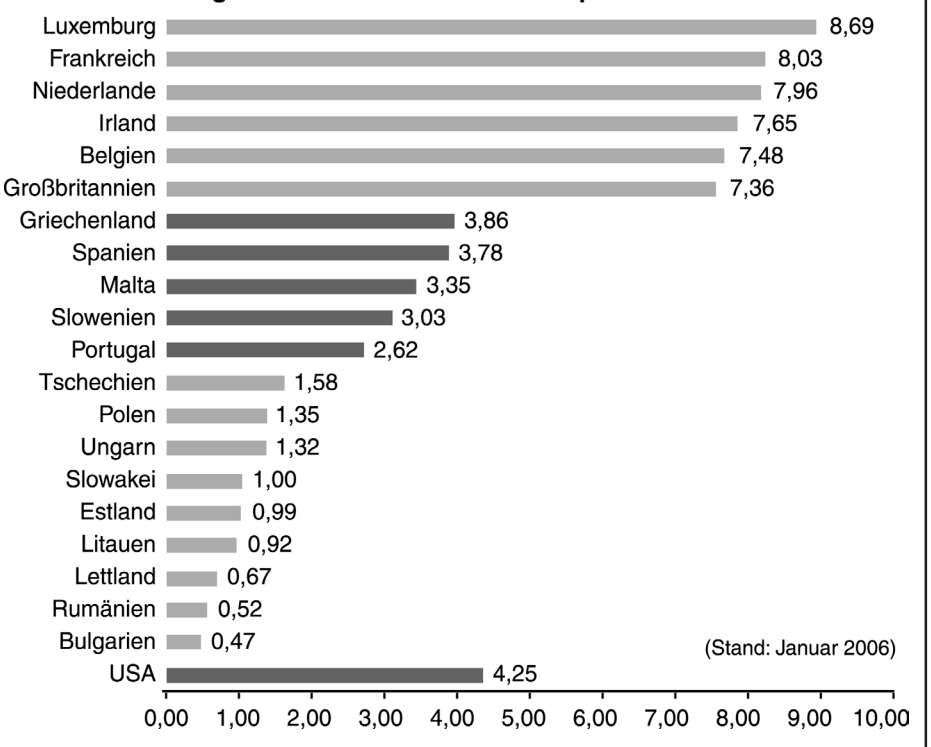
Über das Für und Wider von gesetzlich garantierten Mindestlöhnen haben wir im express schon mehrfach diskutiert; zuletzt in der ausführlichen Debatte zwischen Kirsten Huckenbeck, Anton Kobel und HG Lang in der Juni-Juli Ausgabe 2004. Nachdem einige Gewerkschaften (darunter die IGM, IG BCE) einen gesetzlichen Mindestlohn lange Zeit abgelehnt hatten, weil dies einen Eingriff in die Tarifautonomie bedeutet, aber auch weil sie einen Sogeffekt auf das Lohngefüge insgesamt befürchteten, ist nun zumindest die IGM umgeschwenkt und fordert zusammen mit ver.di und der NGG einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde. Nun gibt es gerade in der Metall- und Elektrobranche viele Lohngruppen, die deutlich über einem Stundenlohn von 7,50 Euro liegen, so dass eine solche Befürchtung des Lohndumpings erst einmal naheliegend scheint. Doch es darf nicht vergessen werden, dass es auch hier inzwischen viele Beschäftigte gibt, die deutlich schlechter verdienen. Dank der Studien des WSI fällt es inzwischen leichter, prinzipiellen Einwänden gegen einen gesetzlichen Mindestlohn zumindest auf einer empirischen Ebene zu begegnen. Wir dokumentieren die leicht gekürzten Ergebnisse einer Untersuchung von Thorsten Schulten, die zeigen, dass in den Ländern, in denen es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, der hierzulande befürchtete Sogeffekt ausgeblieben ist. Das entbindet noch nicht von der Diskussion bzw. Kritik der Höhe desselben, der sich mit 7,50 Euro am unteren Ende des ersten Drittels in der EU bewegt. Sowohl die WASG (8 Euro) als auch der Frankfurter Appell der G-Linken (10 Euro) fordern mehr...

Weltweit gehört heute die verbindliche Festlegung von Mindestlöhnen in einer Mehrzahl der Staaten zu den etablierten Instrumenten bei der politischen Regulierung des Arbeitsmarktes. Im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) existieren gleich zwei Übereinkommen, die der Absicherung bestimmter Mindestlöhne den Charakter einer universellen Arbeitsnorm geben. Insgesamt 116 Staaten haben mindestens eines der beiden IAO-Übereinkommen ratifiziert.[1] In einer von der IAO erstellten Mindestlohn-Datenbank werden die jeweils nationalen Regelungen und Verfahren zur Bestimmung von Mindestlöhnen für mittlerweile annähernd 100 Länder dokumentiert (Eyraud/Saget 2005).[2] Insbesondere in Europa existiert heute kein Land mehr, das nicht über ein mehr oder weniger ausgeprägtes Regelungssystem zur Festsetzung von Mindestlöhnen verfügt (Funk/Lesch 2005).

1. Soziale und politische Bedeutung von Mindestlöhnen

Bei der Bestimmung von Mindestlöhnen kann prinzipiell zwischen tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen unterschieden werden: Im Rahmen von Tarifverträgen werden für einen bestimmten Geltungsbereich (Land, Branche, Betrieb oder einzelne Berufsgruppen) Mindestlöhne definiert, unterhalb derer kein Arbeitnehmer (legal) beschäftigt werden darf. Aufgrund der teilweise erheblichen Unterschiede bei der Tarifbindung weisen die tarifvertraglichen Mindestlohnregelungen jedoch in vielen Ländern mehr oder weniger große Deckungslücken auf. Dies gilt insbesondere für die klassischen Niedriglohnbranchen (z.B. im privaten Dienstleistungsgewerbe), in denen die Gewerkschaften aufgrund ihres in diesen Sektoren eher geringeren Organisationsgrades oft keine angemessene tarifvertragliche Mindestlohnsicherung durchsetzen können. Deshalb werden in zahlreichen Ländern die tarifvertraglichen Mindestlohnregelungen vielfach durch gesetzliche Regelungen ergänzt. Dabei kann der Staat zunächst den Geltungsbereich des Tarifvertrages ausdehnen, in dem er ihn für allgemeinverbindlich erklärt und diesen damit auf die nicht tarifgebundenen Unternehmen ausdehnt. In denjenigen Bereichen, wo entweder gar keine oder nur sehr ungenügende Tarifverträge existieren, zeigen sich allerdings die Grenzen einer tarifvertraglichen Mindestlohnsicherung. In diesen Fällen kann der Staat ergänzend einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, der ein allgemeines gesellschaftliches Mindestlohnniveau definiert und damit die bestehenden Lücken bei der tarifvertraglichen Mindestlohnsicherung schließt.

Abbildung 2: Gesetzliche Mindestlöhne pro Stunde in Euro



Gesetzlich festgelegter Stundenlohnsatz: Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Irland, USA (bei Großbritannien und USA umgerechnet zum Wechselkurs vom 16.1.2006) Berechneter Stundensatz auf der Grundlage folgender Wochenarbeitszeiten: 40 Stunden: Griechenland, Malta, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland, Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien; 39 Stunden: Slowakei; 38,5 Stunden: Spanien, Portugal; 38 Stunden: Belgien, Tschechien, 37-Stunden: Niederlande. Bei Spanien und Portugal wurden die Werte auf der Grundlage der obligatorischen 14 Monatsgehälter berechnet. *Quelle:* Eurostat, nationale Angaben, eigene Berechnungen

Die politische Legitimation von Mindestlöhnen resultiert aus dem strukturellen Machtungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital. (...) Aus gewerkschaftlicher Sicht besteht dabei eine starke Präferenz für eine tarifvertragliche Mindestlohnsicherung, da sie einen direkten Einfluss auf die Festlegung des Mindestlohns ermöglicht. Der gesetzliche Mindestlohn bildet demgegenüber nur eine »Second-Best-Lösung«, die überall dort zum Tragen kommt, wo die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht allein nicht ausreicht, um angemessene Mindestlöhne durchzusetzen. Allerdings wird auch der gesetzliche Mindestlohn in der Regel nicht einfach vom Staat festgelegt, sondern ist das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, die gerade auch Gewerkschaften Chancen für eine Politisierung der Lohnfrage einräumen.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung von Mindestlöhnen wird daran deutlich, dass mit der Bestimmung eines nationalen Mindestlohnniveaus immer auch normative Vorstellungen von einer »gerechten« und »fairen« Entlohnung verbunden sind. (...) Als Kriterium für eine »gerechte« oder »faire« Entlohnung werden dabei in der Regel drei grundlegende Prinzipien sozialer Gerechtigkeit angeführt (Daloz 1993).[3] Erstens geht es um das Prinzip der *Leistungsgerechtigkeit*, wonach der Lohn in einem angemessenen Verhältnis zur geleisteten Arbeit stehen muss. Da die Frage nach einem leistungsgerechten Lohn immer auch im Verhältnis zu anderen Löhnen und Einkommen steht, wird zweitens das Prinzip der *Verteilungsgerechtigkeit* berührt, das die gesamtgesellschaftliche Einkommensverteilung in den Blick nimmt.

Schließlich wird drittens das Recht auf einen »gerechten« und »fairen« Lohn mit dem Prinzip der *Bedarfs- und Teilhabegerechtigkeit* begründet, wonach die Lohnarbeit nicht nur ein bestimmtes physisches Existenzminimum garantieren muss, sondern darüber hinaus – wie es die englischen Begriffe »Decent Wage« oder »Living Wage« zum Ausdruck bringen – eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen soll. Im Unterschied zur sozialstaatlichen Mindestsicherung (z.B. der Sozialhilfe) markiert der gesetzliche Mindestlohn den »ersten Grad der Zugehörigkeit zu einem Arbeitnehmer*status*, dank dessen der Lohn nicht nur eine Form ökonomischer Vergütung ist« (Castel 2000, nur grundlegende (präindividuelle) Aspekte des Lebens, sondern darüber hinaus zentrale Produktivkräfte der flexiblen Produktionsverhältnisse des Postfordismus. Der Alltag der daraus resultierenden Seinsweise der ›Multi-

---

Soweit also bereits eine Einschätzung vom letzten Jahr.

Die Veranstaltung mit Matthias Kirchner vom Europäischen Wanderarbeitsverband fand dann tatsächlich Ende letzten Jahres statt und war unserer Auffassung nach nicht nur informativ, sondern hat auch zu weiterem Kontakt und Austausch geführt. Nach der Beteiligung an Solidaritätsaktivitäten für die Streikenden bei Gate Gourmet spielte in der Folge die Vorbereitung zu »Kosten rebellieren II« eine gewichtige Rolle, insbesondere der Text zu »Mindestlohn zwischen neuen Standards für alle, Protektionismus und Migration« (siehe www.labournet.de/phpbb/viewtopic.php?t=600) Doch vor allem in Richtung des erstgenannten Punktes – Austausch von verschiedenen Basisinitiativen – haben die letzten Treffen einen guten Schub bekommen: Berichte und Diskussionen z.B. über die regen Aktivitäten der »Stadtteilinitiative Rödelheim«, über linksgewerkschaftliches Engagement des express, über die Proteste der Studierenden, über Bleiberechtsauseinandersetzungen beim Aktionsbündnis gegen Abschiebung-Rhein/Main, über glocal-Initiativen zu »Aneignung, Prekarisierung, Migration« in Hanau u.v.m.

Diese Debatten bringen zumindest in absehbarer Zeit sicher keine großartige neue gemeinsame Praxis, aber alle Beteiligten schätzen offensichtlich zunehmend diesen verbindlicheren Austausch über unterschiedliche politisch-soziale Praxen, über Erfahrungen aus verschiedenen Feldern und Realitäten. Für den dann auch theoretischeren Diskurs zu Prekarisierung und Migration oder auch über die ›Rätsel der Multitude‹, der für die nächsten Veranstaltungen (s.u.) zu erwarten ist, erscheint uns dies jedenfalls als notwendige »Erdung«.

Soweit der Versuch einer aktuellen Selbstbeschreibung der Workers Center-Initiative, der nicht zuletzt auch als Aufforderung gemeint ist: Wer neu (oder wieder) Interesse hat mitzumachen, ist herzlich eingeladen.

Die nächsten Termine der Workers Center Initiative:

Mittwoch, 8. November, 19.30 Uhr
»Workers Center in New York und Los Angeles«
Reiseberichte und Eindrücke mit Film und Fotos über verschiedene Workers Center-Projekte in den USA; anschließende Diskussion darüber, welche Erfahrungen und Herangehensweisen sich auch für hiesige Verhältnisse aufgreifen lassen.
Ort: *»Raumstation« in Frankfurt/Rödelheim, Auf der Insel 14-16, Verlängerung der Rödelheimer Landstraße, hinter JUZ*

Montag, 20. November, 19.30 Uhr
»(Post)operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude«
Vortrag und Diskussion mit den Grundrisse-Autoren Martin Birkner/Robert Foltin aus Wien über ihr gleichnamiges Buch
Ort: express-*Redaktion, Niddastr. 64, Frankfurt-Bahnhofsviertel*

Mittwoch, 13. Dezember, 20 Uhr
(monatliches) Treffen der Workers Center Initiative
Ort: express-*Redaktion, Niddastr. 64, Frankfurt-Bahnhofsviertel*

Samstag, 16. Dezember, 18.00 Uhr
Eine performative Bewegung des guten Lebens? Gespräch mit Paolo Virno
Paolo Virno analysiert und bewertet mittels Konzepten der Linguistik, Kommunikationswissenschaften und Philosophie die Transformationen gegenwärtiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Dabei bezieht sich Virno, wie in der jüngst ins Deutsche übersetzten »Grammatik der Multitude«, auf Begriffe des Postoperaismus. Seiner Diagnose zufolge sind heute kognitive, emotionale, sprachlich-kommunikative Fähigkeiten nicht

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

S. 333). Seine soziale Legitimation erhält der Mindestlohn damit aus dem Anspruch, dass die Lohnarbeit einen bestimmten Lebensstandard ermöglichen muss, der den Arbeitnehmern eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe und eine adäquate Reproduktion ihrer Arbeitskraft garantiert.

2. Mindestlöhne in der ökonomischen Diskussion

Über die ökonomischen Funktionen gesetzlicher Mindestlöhne existiert innerhalb der Wirtschaftswissenschaften eine breite internationale Debatte, in der je nach theoretischer Provenienz diametral entgegengesetzte Positionen vertreten werden. Für Vertreter einer neoklassischen Arbeitsmarkttheorie ist jede politische Bestimmung des Lohnes – sei es durch Tarifverträge oder einen gesetzlichen Mindestlohn – entweder wirkungslos oder schädlich. Liegt ein Mindestlohn unterhalb des auf dem »freien« Arbeitmarkt durch Angebot und Nachfrage gebildeten »Marktlohns«, so bleibt dieser ohne Wirkung, da die existierenden Löhne nicht tangiert werden. Liegt der gesetzliche Mindestlohn oberhalb des im neoklassischen Standardmodell unterstellten »Marktlohns«, so geht automatisch die Nachfrage nach Arbeit zurück, und es kommt zu Arbeitslosigkeit. Die neoklassische Lehrbuchökonomie vertritt demnach die Position, dass gesetzliche Mindestlöhne gerade jenen Beschäftigtengruppen im unteren Lohnsegment schaden, die eigentlich von ihnen profitieren sollen (vgl. z.B. Samuelson/Nordhaus 1998: 97).

Während im Rahmen des neoklassischen Standardmodells gesetzliche Mindestlöhne in der Regel Arbeitslosigkeit hervorrufen, wird umgekehrt die Existenz von Arbeitslosigkeit auf eine unzureichende Differenzierung in der Lohnstruktur zurückgeführt. Da das Ausmaß der gesellschaftlichen Lohnspreizung im Wesentlichen durch die institutionellen Strukturen des Arbeitsmarktes (Tarifvertragssystem, gesetzliche Mindestlöhne usw.) bestimmt wird, werden diese als entscheidende Faktoren identifiziert, die die Herausbildung einer »marktgerechten« Lohnstruktur verhindern und das Entstehen von Arbeitslosigkeit zu verantworten haben (vgl. z.B. Siebert 1997).[4] Dementsprechend wird die Lösung des Beschäftigungsproblems im Abbau der »institutionellen Rigiditäten« des Arbeitsmarktes gesehen, um auf diese Weise zu einer größeren »Differenzierung der Löhne« zu gelangen, was in der Regel nichts anderes als eine euphemistische Umschreibung für eine massive Ausdehnung des Niedriglohnsektors ist.

Der im neoklassischen Standardmodell unterstellte inverse Zusammenhang zwischen der Höhe gesetzlicher Mindestlöhne und dem Ausmaß der Beschäftigung ist seit jeher von eher heterodoxen Ökonomen kritisiert worden. Gerade in der neueren ökonomischen Literatur werden – nicht zuletzt vor dem Hintergrund neuerer empirischer Studien (s.u.) – vermehrt alternative theoretische Erklärungsansätze vertreten, die zu einer anderen ökonomischen Funktionsbestimmung von Mindestlöhnen gelangen (vgl. Ragacs 2002, 2004).

Im Mittelpunkt der Kritik steht die neoklassische Konstruktion des Arbeitsmarktes, der als ein Markt wie jeder andere gedacht wird und dem idealtypisch alle Attribute einer vollständigen Konkurrenz (wie vollkommene Informationen, uneingeschränkte Mobilität usw.) zugeschrieben werden. Realistischere Vorstellungen gehen stattdessen davon aus, dass der Arbeitsmarkt mit zahlreichen Friktionen behaftet ist, die zu einer höchst unvollständigen Konkurrenzsituation führen. Hinzu kommt, dass aufgrund des besonderen Charakters der Ware Arbeitskraft von einer strukturellen Machtungleichheit zwischen Kapital und Arbeit auszugehen ist, die – zumal unter der Bedingung von Arbeitslosigkeit – den Prozess der Lohnfestsetzung determiniert. (...)

Folgt man darüber hinaus dem in den verschiedenen Effizienzlohntheorien (Akerlof/Yellen 1986) behaupteten Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Produktivität, so kann eine Erhöhung von Mindestlöhnen theoretisch sogar positive Beschäftigungseffekte nach sich ziehen, wenn diese mit überproportionalen Produktivitätserhöhungen einhergehen. Bereits die ersten Bestimmungen zur Einführung gesetzlicher Mindestlöhne am Ende des 19. Jahrhunderts wurden ökonomisch vor allem mit dem Verweis auf die zu erzielenden Produktivitätsgewinne legitimiert, die aus einer nach unten begrenzten Lohnkonkurrenz erwachsen (Webb 1912).

Überdies kann das Fehlen einer effektiven Mindestlohnsicherung aufgrund des »anomalen Verlaufs« der Arbeitsangebotsfunktion selbst zu negativen Beschäftigungseffekten beitragen. Sinkende Löhne führen demnach keineswegs automatisch – wie im neoklassischen Standardmodell unterstellt – zu einem Rückgang des Arbeitsangebots, sondern können im Gegenteil gerade im Niedriglohnsektor dazu führen, dass vermehrt zusätzliche Arbeit angeboten wird, um einen bestimmten Lebensstandard zu erhalten (Heine/Herr 2000: 118).

(...)

3. Verbreitung gesetzlicher Mindestlöhne in Europa

Historisch sind die ersten gesetzlichen Mindestlohnbestimmungen in der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts entstanden. Gesetzliche Mindestlöhne wurden erstmals 1894 in Neuseeland eingeführt. Zwei Jahre später kam es zur ersten Mindestlohngesetzgebung im australischen Bundesstaat Victoria. In Europa war Großbritannien das erste Land, das 1908 gesetzliche Mindestlohnbestimmungen eingeführt hat. In den USA wurde schließlich erstmals 1912 im Bundesstaat Massachusetts eine Mindestlohngesetzgebung verabschiedet (Pesl 1914).

Nachdem die frühen Mindestlohnbestimmungen ursprünglich nur für bestimmte Branchen oder Berufgruppen galten, führten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer mehr Länder nationale gesetzliche Mindestlöhne ein, die über alle Branchen hinweg ein einheitliches Mindestlohnniveau festlegen. Eine Vorreiterrolle nahmen hierbei die USA ein, die 1938 mit der Verabschiedung der *Fair Labor Standards Act* erstmals eine nationale Mindestlohngesetzgebung einführten. Mittlerweile verfügen die meisten OECD-Staaten – darunter die meisten Länder der Europäischen Union (EU) sowie die USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea – sowie zahlreiche Entwicklungsländer über nationale gesetzliche Mindestlöhne (OECD 1998; Eyraud/Saget 2005).

Innerhalb der EU haben 18 von 25 Mitgliedstaaten einen gesetzlichen Mindestlohn (Funk/Lesch 2005; Regnard 2005). Während einige EU-Staaten bereits seit mehreren Jahrzehnten über praktische Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen verfügen, haben Irland und Großbritannien erst Ende der 1990er Jahre nationale gesetzliche Mindestlöhne eingeführt. In den meisten Ländern aus Mittel- und Osteuropa (MOE) wurden im Rahmen der Transformationsperiode Anfang der 1990er Jahre neue gesetzliche Mindestlohnregelungen geschaffen, die vor dem Hintergrund eher schwach entwickelter Tarifvertragssysteme seither für die gesamte Lohnentwicklung eine besonders wichtige Rolle spielen.

Bezogen auf die absolute Höhe des nationalen Mindestlohns lassen sich innerhalb der EU drei Ländergruppen identifizieren (Regnard 2005): Zur ersten Gruppe mit relativ hohen Mindestlöhnen zwischen 1 218 und 1 503 Euro pro Monat bzw. 7,63 und 8,69 Euro pro Stunde gehören die Beneluxstaaten sowie Frankreich, Großbritannien und Irland.[5] Eine zweite mittlere Gruppe mit Mindestlöhnen zwischen 437 und 668 Euro pro Monat bzw. 2,62 und 3,86 Euro pro Stunde umfasst die südeuropäischen EU-Staaten Spanien, Portugal, Malta und Griechenland sowie Slowenien. Schließlich finden sich in der dritten Gruppe mit relativ niedrigen Mindestlöhnen zwischen 116 und 261 Euro pro Monat bzw. 0,67 und 1,58 Euro pro Stunde ausschließlich MOE-Staaten. Lediglich die EU-Bewerberländer Bulgarien und Rumänien haben ein noch niedrigeres gesetzliches Mindestlohnniveau. In den USA bewegt sich der gesetzliche Mindestlohn eher auf südeuropäischem Niveau und liegt damit deutlich unterhalb der westeuropäischen Spitzengruppe. Allerdings weisen eine Reihe von US-Bundesstaaten deutlich höhere gesetzliche Mindestlöhne auf. (...)

Allerdings spiegeln die unterschiedlichen Niveaus der nationalen Mindestlöhne zu einem bedeutenden Anteil die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern wider. Gemessen in Kaufkraftparitäten (KKP) reduziert sich das Verhältnis zwischen dem niedrigsten und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU von 1:13 (gemessen in Euro) auf etwa 1:4,5 (Regnard 2005).

Die Entwicklung der gesetzlichen Mindestlöhne wird schließlich in hohem Maße durch seine politisch-institutionelle Ausgestaltung beeinflusst. Bei der Festelegung und periodischen Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns lassen sich idealtypisch vier unterschiedliche Verfahrenstypen identifizieren, wobei in der Praxis mitunter mehrere Verfahren miteinander kombiniert werden. (...) Bei dem ersten Typus handelt es sich um ein »rein politisches« Verfahren, bei dem die jeweilige nationale Regierung vollkommen eigenmächtig ohne institutionalisierte Diskussions- und Konsultationsforen oder gesetzlich festgelegte Anpassungsregelungen über die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns entscheidet. Dieses »rein politische« Verfahren findet sich insbesondere in den USA und hat in den letzten Jahrzehnten oft dazu geführt, dass unter einer republikanischen Regierung der nationale Mindest-

---

tude‹ birgt sowohl angstvolle Desorientierung und Verschärfung materieller Ungleichheiten, als auch das Potential einer emanzipatorischen Aneignung von Leben, Öffentlichkeit und Demokratie jenseits von Staat und Kapital. AkteurInnen dieser Aneignungspraxis verortet Virno dabei in transnationalen Protestformationen, wie sie als ›Bewegung der Bewegungen‹ seit den Anti-WTO Protesten in Seattle 1999 auftreten. Diese analysiert Virno als ›performative Bewegung des guten Lebens‹, deren Sprechhandlungen Kooperationen konstituieren, die mit der postfordistischen Produktionsordnung auf Kollisionskurs gehen. Vor dem Hintergrund gegenwärtiger studentischer Proteste und anderer linker Organisierungsstrategien, wie der Workers Center Initiative und den Vorbereitungen zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, stellen sich daher folgende Fragen: Welches Potential steckt in der Sichtweise, aktuelle Proteste als Manifestationen einer oppositionellen postfordistischen Multitude zu begreifen? Welche Möglichkeiten birgt die Frage nach dem guten Leben in bewegungspolitischen Zusammenhängen? Worin liegt der Erkenntnisgewinn, soziale Bewegung als performative Bewegung zu diskutieren? Wie können diese Perspektiven helfen, Dynamiken und Handlungsmöglichkeiten von Protestbewegungen zu verstehen und politisch nutzbar zu machen? Worin besteht die Aktualität der Multitude?

Ort: voraussichtlich im »Institut für vergleichende Irrelevanz (IVI)«, Kettenhofweg 30 in Frankfurt a.M.

Workers Center Initiative

On the road again

ITF nutzt Aktionswoche zur Organisierung von Beschäftigten im Straßentransport

Wo andere Gewerkschaften erst am Beginn der Einsicht in die Notwendigkeit länderübergreifender Kooperation von Beschäftigten stehen, von einer multinationalen Organisierung oder Mitgliedschaft, geschweige denn länderübergreifenden Tarifverträgen und Arbeitskämpfen noch weit entfernt sind, hat die International Transport Federation (ITF) bereits einige Erfahrungen und handfeste Erfolge zu bieten. Sie ist die erste und bislang einzige Gewerkschaft, die eine Direktmitgliedschaft von Beschäftigten auf internationaler Ebene kennt – im Unterschied zur mittelbaren Mitgliedschaft der Beschäftigten durch Assoziation ihrer nationalen Gewerkschaft in einem internationalen Dachverband –, und die mit dem »Welttarifvertrag für Seeleute« auch ein international gültiges Tarifwerk abschließen konnte. Nun will die ITF – in der ver.di Mitglied ist – auch die meist individualisierten und isolierten Beschäftigten im Straßentransport besser erreichen und organisieren. Wir dokumentieren eine Zusammenfassung der ITF über die diesjährigen Aktivitäten im Rahmen ihrer jährlich stattfindenden Aktionstage.

Viele Tausend Beschäftigte im Straßentransport beteiligten sich an den Kundgebungen, Sitzungen und sonstigen Veranstaltungen, die ihre Gewerkschaften in aller Welt anlässlich der ITF-Aktionswoche im Straßentransport vom 9. bis 15. Oktober organisiert hatten. Gewerkschaftliche Kampagnen, und speziell Maßnahmen zur gewerkschaftlichen Organisierung, werden zunehmend im Rahmen dieser alljährlichen Aktivitäten abgehalten, die nationalen Anliegen internationale Aufmerksamkeit sichern.

Unter den Gewerkschaften aus 51 Ländern, die ihre Berichte an die ITF-Zentrale einschickten, waren ITF-Mitgliedsverbände in Jordanien und Palästina, die in diesem Jahr erstmals mit zeitlich aufeinander abgestimmten Sitzungen in Amman und im Westjordanland an der Aktionswoche teilnahmen, um so ihre Solidarität zu stärken. Öffentlichkeitswirksame Aktionen wurden von ange-

lohn über mehrere Jahre hinweg nicht mehr erhöht wurde und damit in seinem Realwert deutlich gesunken ist.

In den meisten europäischen Ländern existiert hingegen ein institutionalisiertes Konsultationsverfahren, in dem Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften an der Entwicklung des Mindestlohns beteiligt werden und gegenüber der Regierung Empfehlungen für seine periodische Erhöhung aussprechen. Ein besonders entwickeltes Modell dieses zweiten Typus bildet die so genannte *Low-Pay-Commission* in Großbritannien, die sich drittelparitätisch aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern zusammensetzt und auf der Grundlage umfangreicher Studien jährlich Empfehlungen zur Erhöhung des Mindestlohns ausspricht.

In einigen Ländern wie Belgien und Griechenland sowie einigen MOE-Staaten findet sich ein dritter Typus, wonach der nationale Mindestlohn auf nationaler Ebene zwischen den Dachverbänden der Gewerkschaften und Arbeitgeber verhandelt wird und anschließend durch den Staat Gesetzeskraft erhält. In Irland wird die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns im Rahmen der nationalen tripartistischen Sozialpakte verhandelt. Für den Fall, dass hier keine Einigung zustande kommt, wird die Erhöhung des Mindestlohns von der Regierung festgesetzt.

Schließlich gibt es als vierten Typus in den Beneluxstaaten und Frankreich sowie neuerdings auch in Polen eine Indexierung der Mindestlöhne, wonach das jeweilige Mindestlohnniveau automatisch an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst wird. Die Indexierungsverfahren werden dabei in der Regel in Kombination mit politischen Verfahren angewandt. In den meisten Fällen gibt dieser vierte Typus über einen längeren Zeitraum die größte Gewähr, dass die Entwicklung der Mindestlöhne mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Schritt hält (OECD 1998). Allerdings besteht beispielsweise in den Niederlanden auch die Möglichkeit, die automatische Erhöhung des Mindestlohns vorübergehend auszusetzen.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe des express

Dokumentation aus: Thorsten Schulten / Claus Schäfer / Reinhard Bispinck (Hg.): »Mindestlöhne in Europa«, VSA-Verlag, Hamburg 2006. Wir danken für die freundliche Überlassung des Manuskripts.

WorkChoices – Keine Wahl für Arbeiter

Donna McGuire über Australiens Arbeitsgesetzgebung als Prototyp neoliberaler Konterrevolution, Teil II

Im ersten Teil hatte sich Donna McGuire zunächst mit der Geschichte des Systems der australischen Arbeitsbeziehungen befasst, um vor diesem Hintergrund den Charakter der neuen »WorkChoices«-Gesetzgebung zu verdeutlichen, der u.a. über die Individualisierung von Arbeitsverträgen auf erhebliche Einschränkungen für Arbeitnehmerrechte abzielt. Im folgenden zweiten Teil konzentriert sich die Autorin auf Reaktionen und Gegenwehrmöglichkeiten von Gewerkschaften und Arbeitnehmern.

Es gibt kaum Anzeichen, die die Behauptung der Regierung stützen, die mit der *WorkChoices*-Gesetzgebung eingeleiteten Veränderungen würden zu einer Produktivitätsverbesserung führen. Renommierten australischen Forschern im Bereich der industriellen Beziehungen und der Arbeitsmarkttheorie zufolge wird die *WorkChoices*-Gesetzgebung nichts dazu beitragen, die Herausforderungen am Arbeitsmarkt, vor denen Australien heute steht, zu lösen – einschließlich fehlender Arbeitskräfte und Qualifikationen, sinkender Produktivität, Spannungen in Arbeiterfamilien und des rapiden Anstiegs schlecht bezahlter prekärer Beschäftigung.[1] Stattdessen, so die Argumentation in der gemeinsamen Erklärung dieser Forscher, ist davon auszugehen, dass die australische Gesellschaft zerstört werde durch die »Förderung schlecht bezahlter Jobs mit irregulären Arbeitszeiten und wenig Sicherheit«, die die Beziehungen innerhalb der Arbeiterfamilien weiter verschlechtern und die am stärksten benachteiligten Individuen und Gruppen noch weiter benachteiligen.

Antworten der Gewerkschaften auf WorkChoices

Die Implementierung der *WorkChoices* bedeutet gleichzeitig eine Bedrohung und eine Chance für die australische Gewerkschaftsbewegung. Die Gesetzgebung ist klar daraufhin konzipiert, Gewerkschaftsmacht zu beschränken und die Gewerkschaftsbewegung zu fragmentieren. Dies kann leicht passieren, wenn sich Gewerkschaften nur defensiv verhalten und sich mehr auf ihr jeweils eigenes Überleben konzentrieren, als nach Wegen der Kooperation zu suchen, um Mitglieder zu organisieren und um wieder starke und mächtige Gewerkschaften aufzubauen.

Auf der anderen Seite schafft die Bildung eines nationalen Systems von Arbeitsbeziehungen für Gewerkschaften die Möglichkeit, eine nationale Kraft zu werden, mit größeren Einflussmöglichkeiten auf nationale Industrien und Politik. Die staatlich basierte Struktur des Systems der Arbeitsbeziehungen hat eine staatlich dominierte Gewerkschaftsstruktur ermöglicht. Nach Paul Goulter, Mitglied des ACTU Bildungs- und Kampagnencenters (*Australian Council of Trade Unions;* die bundesweite Vereinigung der Gewerkschaften in Australien, d.Ü.), ist es für Gewerkschaften in Australien an der Zeit, global zu denken und national zu handeln.[2]

Goulter argumentiert, dass Gewerkschaften aufhören müssen, auf institutionelle Strukturen wie Einigungs- und Schiedsverfahren durch unabhängige Kommissionen zu setzen, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu garantieren. Dieses System hätte einen gewerkschaftlichen ›Service‹-Stil unterstützt, der Mitglieder nicht zu Einmischung oder Aktivitäten ermutigt hat. Jetzt aber sei es für Gewerkschaften an der Zeit, sich auf die Erhöhung des Organisierungsgrades und die Entwicklung kollektiver Stärke zu konzentrieren.

Die Möglichkeiten der Arbeiter zum Schutz und Ausbau ihrer Rechte und Arbeitsbedingungen unter dem Diktat der *WorkChoices*-Gesetzgebung werden mehr von ihrer kollektiven Stärke am Arbeitsplatz bestimmt als von der Art der Vereinbarung, die zur Regulierung ihrer Beschäftigungsbedingungen benutzt wird. Gewerkschaften müssen neue Strategien entwickeln, um alle Arbeiter – unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus oder der Art der Beschäftigungsvereinbarung – zu vertreten. Dies beinhaltet die Entwicklung von Strategien, um mit individuellen Arbeitsplatzvereinbarungen (AWAs) in einer kollektiven Art und Weise umzugehen, statt Arbeiter vor den Kopf zu stoßen, die dazu gezwungen sind, selbige zu unterschreiben.

Eine wachsende Anzahl australischer Gewerkschaften hat bereits Strategien zum Ausbau gewerkschaftlicher Stärke und kollektiver Macht aufgegriffen und umgesetzt. Diese Strategien basieren auf Organisierungskonzepten aus den USA; auf Erfahrungen einer kleinen Anzahl von Gewerkschaften dort, denen es gelungen ist, den Niedergang der Gewerkschaften zu stoppen, diese Entwicklung umzukehren und neue Mitglieder in einer der gewerkschaftsfeindlichsten Regionen der Welt zu gewinnen.[3]

Trotz der institutionellen Differenzen sehen Gewerkschaftsfunktionäre in Australien viele Parallelen zwischen den US-amerikanischen und australischen politischen und industriellen Bedingungen im Hinblick auf die Verpflichtung auf eine neoliberale Ideologie, wachsende Feindschaft gegenüber Gewerkschaften und schrumpfende Organisationsgrade, verbunden mit strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarkts.

Gewerkschaftliche Organisierung basiert auf der Entwicklung von Aktivitäten ihrer Mitglieder entlang gemeinsamer Themen, dem Aufbau starker Strukturen am Arbeitsplatz und dem gezielten Einsatz von Ressourcen zugunsten des Wachstums von Gewerkschaften – und nicht darauf, wie eine Art Versicherungsunternehmen zu agieren, das individuelle Beschwerden von Mitgliedern bei Bedarf löst.

Wie auch immer, die Erhöhung des Organisationsgrades und die Entwicklung kollektiver Stärke werden nicht ausreichen, um diese Gesetze zu verändern. Gewerkschaften müssen auch an einer politischen Lösung arbeiten, etwa durch die Mobilisierung der ›Community‹ für einen Regierungswechsel und ein System von Arbeitsgesetzen, dass sich den Arbeitsmarktanforderungen und sozialen Erfordernissen zuwendet und gleichzeitig die Rechte und Arbeitsbedingungen der Arbeiter schützt.

Der ACTU hat eine kraftvolle Kampagne ins Leben gerufen, um das öffentliche Bewusstsein über die Wirkung der *WorkChoices*-Gesetzgebung zu schärfen und öffentlichen Protest zu ermuntern.

Diese Kampagne mit dem Titel »Deine Rechte bei der Arbeit – wert, dafür zu kämp-

---

schlossenen Gewerkschaften in Spanien gemeldet, die dabei mit Gewerkschaften in ihren Nachbarländern Frankreich und Portugal zusammenarbeiteten.

Die *Australian Services Union* nutzte die Kampagne zur Vorbereitung auf den bevorstehenden Aktionstag für Integratorenunternehmen (wie DHL, UPS, TNT oder FedEx), den die ITF gemeinsam mit *Union Network International* (UNI) für den 9. November plant.

Der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen, Mac Urata, stellte fest: »Dies war erneut eine äußerst erfolgreiche Woche der Kampagnenarbeit für unsere Gewerkschaften im Straßentransport, von denen viele nach wie vor gegen die erschreckenden Arbeitsbedingungen ihrer als BerufsfahrerInnen tätigen Mitglieder kämpfen. Aus diesem Grund wurden bei unseren regionalen Aktionen in Brüssel (Belgien) verbesserte Ruheeinrichtungen in Europa gefordert, während sich die Maßnahmen in Bamako (Mali) gegen die Verzögerungen bei der Grenzabfertigung und Korruption unter den Polizeikräften richteten. Darüber hinaus wurde in Westafrika das Thema HIV/Aids aufgegriffen.«

Mehr Gewerkschaften als jemals zuvor nutzten die diesjährige Kampagne zur Unterstützung ihrer Bemühungen um Mitgliederwerbung unter nicht gewerkschaftlich organisierten Fahrerinnen und Fahrern – ganz im Sinne des Slogans der Kampagne »Global organisieren – Durchsetzungskraft stärken«.

Wie Berit Aaker von der Norwegischen Verkehrsgewerkschaft erklärte: »Die Mehrzahl unserer Geschäftsstellen hat sich beteiligt; zusammen konnten wir 150 neue Gewerkschaftsmitglieder werben. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir aktiver auf die nicht organisierten Beschäftigten zugehen müssen. Wir sollten sie bei regelmäßigen Besuchen in den Betrieben organisieren, so wie wir das im Verlauf dieser Woche getan haben. Unsere aktiven Mitglieder sind mit einem sehr guten Gefühl zurückgekommen.«

Kelvin Rush von der *Rail and Maritime Transport Union* in Neuseeland meinte: »Das Echo seitens der Fahrerinnen und Fahrer war enorm. Sie alle hatten etwas zu sagen, was die Notwendigkeit einer Änderung ihrer Bedingungen angeht. Ich hoffe, dass die Fahrerinnen und Fahrer im Anschluss an die ITF-Kampagne unserer Gewerkschaft beitreten und zu diesen Veränderungen beitragen. Ich denke, diese Woche war eine hervorragende Gelegenheit für unsere Mitglieder, auf das nicht gewerkschaftlich organisierte Fahrpersonal in seinem normalen Arbeitsumfeld zuzugehen und eine solide Grundlage der Solidarität zu schaffen.«

Quelle: ITF News online, 19. Oktober 2006

Mehr – zum Teil auch deutschsprachige – Informationen über die Kampagnen und Organisierungsstrategien der ITF unter: www.itfglobal.org/campaigns

Dringliches

Wie weiter mit Widerstand?

Bundesweite Aktions- und Strategiekonferenz gegen Sozial- und Lohnabbau

Am 1. November 2003 demonstrierten 100 000 Menschen in Berlin gegen die Agenda 2010 der Schröder/Fischer-Regierung – öffentlich wahrgenommene Geburtsstunde einer neuen sozialen Bewegung gegen Sozial- und Lohnraub in Deutschland, gewachsen aus lokalen und regionalen Initiativen vieler gesellschaftlicher Sektoren. Dieses breite weltanschauliche und politische Spektrum gab sich als Bündnis »Alle gemeinsam gegen Sozialabbau« im Januar 2004 eine gemeinsame Plattform, den ›Frankfurter Appell‹.

Weitere Stichworte der Entwicklung von Widerstand: DGB-Aktionstag April 2004 mit 500 000 Protestierenden, Montagsdemonstrationen mit bis zu 250 000 DemonstrantInnen bundesweit, zentrale Demonstrationen in 2004 und 2006 mit zehntausenden TeilnehmerInnen, betriebliche Streiks u.a. bei Opel Bochum und AEG oder die Protestaktionen der Studierenden gegen Studiengebühren neben vielfältigen anderen regionalen und lokalen Aktionen.

Auf politisch-parlamentarischer Ebene entstanden WASG und das Projekt Linkspartei.

Die Proteste waren sicher Sand im Getriebe der herrschenden Politik und nicht ganz ohne Einfluss.

Dennoch: zentrale Teile der Sozial- und Lohnabbaupläne gegen die Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung wurden durchgesetzt, andere wie die so genannte »Gesundheitsreform« stehen an.

Hartz-IV soll ein weiteres Mal verschärft werden, um durch existenziellen Druck auf Erwerbslose den Niedriglohnsektor mit Dumpinglöhnen und miesen Arbeitsbedingungen zu

fen« (*Your Rights at Work – Worth Fighting For*) war zwar aufgrund der politischen Mehrheit, die die Regierung in beiden Kammern des Parlaments hält, erfolglos im Hinblick auf die Verhinderung der Verabschiedung der *Work Choices*-Gesetzgebung. Nichtsdestotrotz wirkte sie den Desinformationen, die – unterstützt durch eine fünf Millionen australische Dollar teure Werbekampagne der Bundesregierung – den »Verkauf« der *WorkChoices*-Gesetze flankierten, erfolgreich entgegen und führte die Oppositionsbildung gegen die radikalen neuen Arbeitsgesetze der Regierung fort.[4]

Es gibt Anzeichen dafür, dass die Kampagne Erfolg hat. Neuere Umfragen des ACTU zeigen, dass zwei von drei Menschen die Gesetze der Howard-Regierung als eine ›Bedrohung für jede arbeitende Familie in Australien‹ betrachten, weil sie Arbeiterrechte im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit und den Schutz gegen ungerechtfertigte Entlassungen unterlaufen. Die Befragung zeigte außerdem starke Unterstützung für die Rolle der Gewerkschaften; sechzig Prozent der Befragten stimmten damit überein, dass ›kollektive Tarifverhandlungen bessere Arbeitsplatzsicherheit für Arbeiter bedeuten‹.

Eine vier-prozentige Erhöhung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und verstärkter Gebrauch der ›Gewerkschafts Hotline‹ der ACTU zeigen, dass sich australische Arbeiter den Gewerkschaften wieder zuwenden, um ihre Bezahlung und ihre Arbeitsbedingungen zu schützen. Es liegt an den Gewerkschaften, die Herausforderung der Ausbildung kollektiver Stärke und Macht anzunehmen. Diese wird gebraucht, um der Arbeitgebermacht entgegen zu wirken und den Kampf um ein gerechtes System von Arbeitsbeziehungen zu gewinnen.

Literatur

Kampagnen-Website der ACTU: www.yourrightsatwork.com.au

Crosby, Michael (2005): »Power at Work: Rebuilding the Australian Labour Movement«, The Federation Press, Annanndale

Peetz, David (2006): »Brave New Workplace«, Allen und Unwin, Crows Nest

The Federal Government's Industrial Relations Policy: Report Card on the Proposed Changes by 17 of Australia's leading academic researchers in the fields of industrial relations und labour market issues 2005 (www.econ.usyd.edu.au/wos/IRchangesreportcard/)

Anmerkungen

1) *The Federal Government's Industrial Relations Policy: Report Card on the Proposed Changes by 17 of Australia's leading academic researchers in the fields of industrial relations and labour market issues 2005 (www.econ.usyd.edu.au/wos/IRchangesreportcard/)*
2) *Diese Analyse basiert auf einem Vortrag von Paul Goulter auf einem gemeinsamen Gewerkschaftstreffen am 23. November 2005 in Brisbane.*
3) *Für eine umfassende Analyse der Versuche der australischen Gewerkschaftsbewegung, Gewerkschaftsmacht wieder aufzubauen, siehe Crosby, Michael (2005): »Power at Work«*
4) *Weitere Informationen auf der ACTU-Kampagnen-Website: www.yourrightsatwork.com.au*

Die vergessene Seite der Revolution

Renate Hürtgen und Willi Hajek über Arbeiterräte und Revolutionskomitees in Ungarn 1956*

Die Feierlichkeiten in Budapest zum 50. Jahrestag des Ungarnaufstandes 1956 am 23. Oktober waren »getrübt von Gewalt«, berichtete das ZDF in seiner Abendschau am selben Tag. Diesmal waren die Bilder eindeutig – die Gewalt ging nicht vom Volke aus, sondern von der Polizei, die mit Wasserwerfern und Gummigeschossen eine Gruppe von Demonstranten vom Platz fegte. Es gab 40 Verletzte. Der Platz sei anschließend abgesperrt und »unheimlich leer« gewesen, sagte der Reporter, sichtlich beeindruckt von diesem spontanen Massenausbruch.

Budapester demonstrieren, und Zeitzeugen verweigern ihre Teilnahme am Festakt – sie sind offensichtlich unzufrieden mit der »Aufarbeitung« der Revolution und empört darüber, wer hier die Verwaltung der Geschichte übernommen hat. Allen voran die Nationalkonservativen, die ihre Empörung über das Geschichtsverständnis gleich mit der Frage der Ablösung der »alten kommunistischen Kader« in der Regierung verbinden – oder richtiger: Sie ergreifen die günstige Gelegenheit, das Wahlvolk so auf ihre Seite zu ziehen. Aber die Unzufriedenheit mit der offiziellen Deutung und dem Umgang der Regierungsparteien mit dem Ungarnaufstand von 1956 ist weit verbreiteter und beschränkt sich durchaus nicht nur auf die Nationalisten. Unzufrieden sind auch diejenigen, die den Aufstand damals erst zu dem gemacht haben, was er dann wurde: eine Revolution. Sie kommen in der offiziellen Feier zum 50. überhaupt nicht mehr vor. Nicht nur in Ungarn, sämtliche Feiern, Vorträge und Konferenzen hier bei uns in Deutschland – es werden insgesamt an die 30 gewesen sein – kamen ohne die Erwähnung der Arbeiterräte und Revolutionskomitees aus. Ein guter Grund, wie wir fanden, um auf diese »vergessene Seite der Revolution« in einer Veranstaltung im Berliner »Haus der Demokratie und Menschenrechte« aufmerksam zu machen.

Die Zeitzeugen und ersten Chronisten wussten noch, dass diese Institutionen das eigentliche Herzstück des Aufstandes waren und seinen Charakter bestimmten. In dem UN-Bericht von 1957 heißt es dazu: »Keine Seite des ungarischen Aufstandes drückt seine demokratischen Tendenzen oder auch seine Reaktion auf die vorangegangenen Verhältnisse besser aus als die Schaffung der Revolutionsräte in Dörfern, Städten und Kreisen und die Errichtung der Arbeiterräte in den Fabriken.« (S. 122)

Bereits am 24. Oktober 1956, also einen Tag nach den Massendemonstrationen und den ersten Schüssen vor dem Rundfunkgebäude, wurde in der Vereinigten Lederfabrik Budapests ein Arbeiterrat gebildet. In der Nacht zuvor waren russische Panzer aufgefahren, es war der Tag, an dem der Ausnahmezustand verhängt und vor dem Parlament ein blutiges Gemetzel durch die ungarische Staatssicherheit veranstaltet wurde. Am nächsten Tag wurden in den Fabriken von Debrecen, Dunapentele und Csepel weitere Arbeiterräte gegründet. Bis zum Dezember 1956 entstanden in Ungarn 2 100 Arbeiterräte, darunter zahlreiche überregionale Zusammenschlüsse. Die Chronisten gehen davon aus, dass etwa 28 000 Menschen in diesen Gremien arbeiteten. Zählt man noch die in den Territorien, Institutionen, in Berufsverbänden oder in der Armee gebildeten Revolutionskomitees dazu, wächst die Zahl auf fast 5 000 Räte und Komitees mit über 50 000 Aktiven. Nicht mitgezählt sind hier die unmittelbar auf den Straßen Kämpfenden in Budapest und anderswo. Ungarn hatte damals neun Millionen Einwohner.

Was machten diese Räte? Das war eine der Fragen, die wir auf unserer Veranstaltung versuchten zu klären. Die Informationslage ist nicht besonders ergiebig: Es gibt den schon erwähnten UN-Bericht und vor allem zahlreiche Berichte und Aufsätze von vor allem Trotzkisten – die sich aber auch stark auf diesen Bericht beziehen und die, so weit wir sehen, keine aktuellen Erkenntnisse liefern. Das bereits Ende der 80er Jahre in Budapest gegründete »56er Institut« hat viel für die Aufarbeitung der Ereignisse 1956 geleistet, den Arbeiterräten jedoch widmete man wenig Interesse. Eine Ausnahme ist hervorzuheben: Am *Oral History Archivum* dieses Instituts hat Adrienne Molnar zahlreiche biografische Interviews mit Führern der Arbeiterräte und den Kindern der Verurteilten dokumentiert, wovon nur ein sehr kleiner Teil bisher veröffentlicht wurde.[1]

Der UN-Bericht, auf den wir uns also im Wesentlichen stützen müssen, beschreibt die Aufgaben der Räte so: »Diese Räte stellten eine spontane Reaktion gegen die diktatorischen Methoden des Regimes dar. Sie übernahmen die verschiedenen Aufgaben der örtlichen Verwaltung. Auch in der Armee, in verschiedenen Regierungszweigen, in Berufsgruppen, beim Rundfunk und bei der ungarischen Telegrafenagentur gab es Revolutionsräte (...) Die Arbeiterräte stellten ebenfalls politische Forderungen und übten einen beachtenswerten Einfluss aus. Ihr Hauptzweck war jedoch, den Arbeitern einen wirklichen Anteil an der Betriebsführung zu sichern...« Tatsächlich gibt es zahlreiche Berichte von Betriebsversammlungen, auf denen die amtierenden Direktoren abgesetzt, Normen und Löhne neu festgesetzt wurden. Bei aller Euphorie ist hier einzuschränken: Die meisten innerbetrieblichen Festlegungen kamen nie zur Umsetzung, denn nach dem 24. Oktober 1956 herrschte quasi ein Ausnahmezustand in Ungarn, der die Funktionen der Arbeiterräte letztlich auf zwei wichtige Aufgaben reduzierte: Sie organisierten zum einen nach dem ersten und zweiten Angriff der russischen Panzer am 4. November das alltägliche Leben in den Städten, sorgten für die Lebensmittelverteilung und reparierten zerstörte Gebäude. Da zwischen dem 24. Oktober und Mitte Dezember eine an- und abschwellende Streiksituation im Land bestand, war die zweite wichtige Funktion der Arbeiterräte, diese Streiks zu organisieren bzw. koordinieren.

Sowohl die Nagy- als auch die Kadarregierung begriffen rasch, dass die Arbeiterräte, namentlich ihrer »Streikwaffe« wegen, das politische Geschehen durchaus bestimmen können und taten das einzig Sinnvolle in dieser Situation: Sie unterstützten die Bildung der Arbeiterräte in den Betrieben und machten sie zu ihren Gesprächspartnern. Noch nach der russischen Invasion am 4. November gingen Arbeiterräte – die sich inzwischen zu zentralen Organen, etwa dem Budapester Arbeiterrat, zusammengeschlossen hatten – im Regierungsgebäude ein und aus, stellten ihre Forderungen oder drohten mit Streik. »... der Arbeiterrat hat heute die größte politische Macht«, soll Kadar Anfang Dezember gesagt haben. Der November und Dezember 1956 war – neben der Forderung nach Rückkehr von Imre Nagy in die Regierung – von zwei Forderungen bestimmt: Die Arbeiterräte forderten ein Streikrecht und die Gründung eines Nationa-

---

vergrößern sowie Löhne und Arbeitszeiten der Erwerbstätigen noch stärker unter Druck zu setzen, usw. usf.
Entschiedener massenhafter Widerstand ist dringender geboten denn je.
Doch: Wie kommen wir dorthin? Wie kann es weitergehen? Wie können wir Spaltungslinien ausräumen und zu einem gemeinsame Vorgehen von Erwerbslosen und Erwerbstätigen, von Studierenden, »Eingeborenen« und MigrantInnenen, jung und alt, von Menschen mit unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Perspektiven kommen?
Welcher Weg führt uns zu »französischen Verhältnissen«?
Diese Fragen wollen wir mit dem *gesamten* Spektrum des Widerstands diskutieren, um zu einem *breitestmöglichen* Bündnis gegen Sozial- und Lohnabbau zu kommen.
Das schließt ausdrücklich Menschen mit Migrationshintergrund mit ein. Sie sind von sozialen Kürzungen und sozialer Entrechtung meist noch stärker betroffen. Viele Verschärfungen, wie z.B. die Residenzpflicht, wurden zuerst an Flüchtlingen »ausprobiert« und werden jetzt verallgemeinert.
Wir, das »Bündnis 3. Juni« laden deshalb das gesamte Spektrum des Frankfurter Appells und alle neu hinzugekommenen AkteurInnen gegen Sozial- und Lohnabbau zu einer zweitätigen Aktions- und Strategiekonferenz im Dezember ein.
Wir verstehen die Konferenz als Fortsetzung der Frankfurter Aktions- und Strategiekonferenzen von 2003 bis 2005.
Wir wollen anknüpfen an die bisher breiteste Plattform der Widerstandsbewegung, den »Frankfurter Appell« und wollen diesen weiterentwickeln – jenseits von ideologischen, organi-sations- oder parteitaktischen Interessen.
Wir erwarten von der Konferenz gemeinsame Absprachen zu Widerstandsaktionen.

Termin: *2./3. Dezember, Beginn: 12 Uhr, Ende 16 Uhr*
Ort: *Studierendenhaus an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Mertonstraße 26-28*
Information & Anmeldung: *www.protest2006.de/konferenzflayer.pdf, anmeldung@protest2006.de*

»...the age of precarius?«

Prekarisierung und soziale Kämpfe – Seminar von BUKO und reflect!

»Generation Praktikum«, »Hartz IV« und »Ein-Euro-Jobs« stehen symbolisch für die zunehmende, grundlegende Verunsicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen von immer mehr Menschen: zusammengefasst unter dem Schlagwort der »Prekarisierung«. Doch es formiert sich Widerstand: Europaweit füllten am 1. Mai Zehntausende mit den Euromayday-Paraden die Straßen, und in Frankreich führten die Proteste Hunderttausender gegen den Ersteinstellungsvertrag für Jugendliche zu einer veritablen Staatskrise.

Seminaraufbau und Leitfragen:

- Was sind die historischen und politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen der Prekarisierung? Welche Rolle spielen die neoliberale Globalisierung, die Krise des Fordismus und der Wandel westlicher Staatlichkeit? Was ist das »Neue«, was der Begriff beschreiben will? (Block I)
- Gibt es verschiedene Dimensionen der Prekarisierung (entlang der Linien von Geschlecht, Ethnizität und Klasse), und wie sehen die aus? Inwiefern eignet sich der Begriff der Prekarisierung vor diesem komplexen Hintergrund zum Verständnis der gegenwärtigen Entwicklungen der Arbeits- und Lebensbedingungen? Wird er diesen unterschiedlichen Lebensrealitäten gerecht? (Block II)
- Welche Bedeutung hat ein mögliches »Prekariat« für gegenwärtige Strategien und Kämpfe emanzipatorischer Bewegungen? Kann Prekarisierung die Klammer einer neuen sozialen Protestbewegung werden? Kann das »Prekariat« ein neues handlungsfähiges Subjekt bilden? Welche Chance und welche Risiken stecken in der Bildung einer solchen Identität? Welche politischen Strategien gegen die Prekarisierung gibt es bereits bzw. gilt es zu entwickeln? (Block III)

Referenten: Daniel von Fromberg / Christian Schröder
Die Teilnahmegebühr beträgt 30 Euro.

Zeit: *10.–12. November 2006,*
Beginn: *18 Uhr, Ende: 16 Uhr*
Ort: *Jugendherberge, Pastoratsberg 2, 45239 Essen*
Information & Anmeldung: *www.reflect-online.org*

Coca Cola – ein Mordsgetränk?

Stand der Boykottkampagne – Verbreitung notwendig

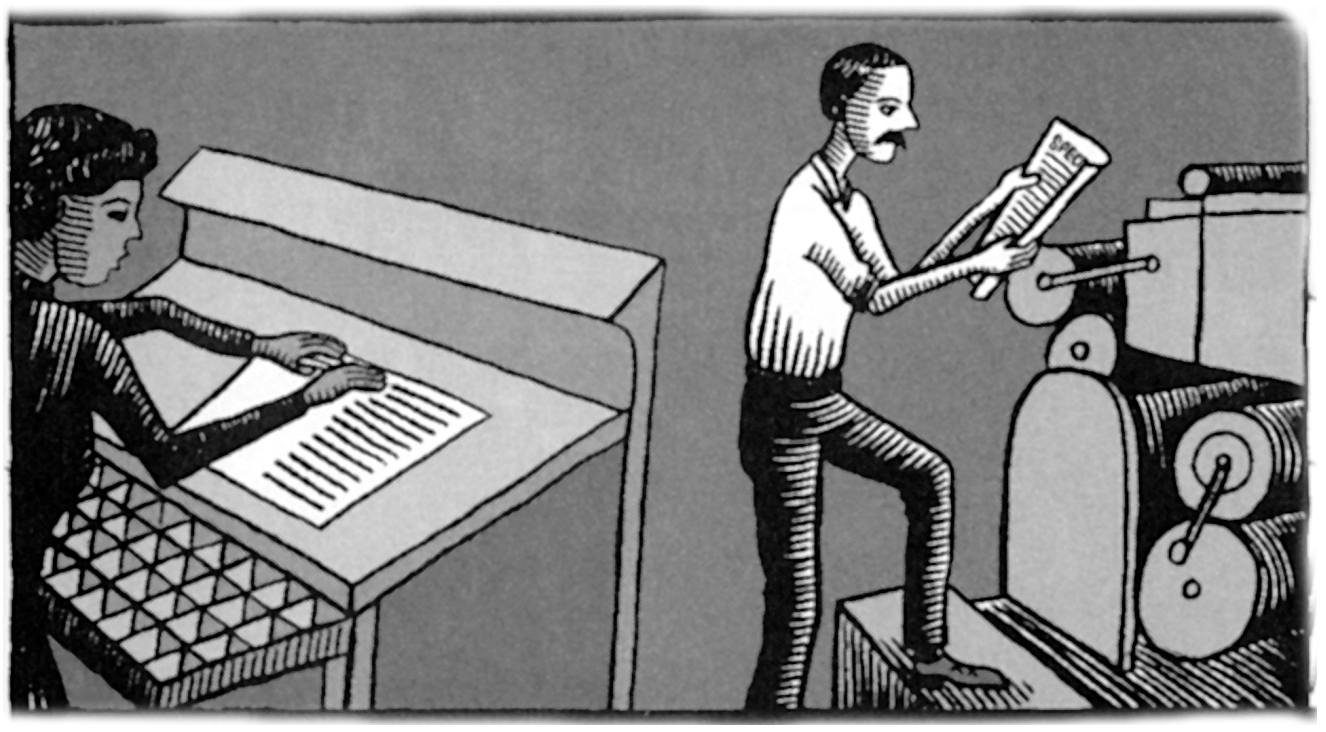
Carlos Olaya und ein weiterer Kollege der kolumbianischen Lebensmittel-

len Arbeiterrates. Doch die Verhandlungen mit der Regierung verlaufen erfolglos. Die Gründung eines Nationalen Arbeiterrates wird mit Hilfe von Panzern, die den Tagungsort umzingeln, am 21. November 1956 verhindert. Am 9. Dezember 1956 werden die versammelten Delegierten der Arbeiterräte verhaftet, Anfang Januar 1957 wird die Bildung von Arbeiterräten verboten und, ebenso wie die Beteiligung an Streiks, unter Todesstrafe gestellt.

Kehren wir aber noch einmal zurück zu den Zielen dieses Aufstandes:

Dazu ein Ausschnitt aus einem Interview mit der Sozialdemokratin Anna Kethly vom 12. Dezember 1956[2]:

»Hören Sie, allen war klar, dass die Bauern, die nach dem Krieg das Land der Großgrundbesitzer erhalten hatten, nur das Ende der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft wollten, nicht aber die Rückkehr der enteigneten Großgrundbesitzer. (...) Dasselbe gilt für die Arbeiter gegenüber den enteigneten Fabrikbesitzern. Die Arbeiterschaft will eine gerechte sozialistische Ordnung in Freiheit und Demokratie, aber nicht die Rückkehr der Fabrikanten und Bankiers und ausländischen Kapitalisten.«



Diese Feststellung der ungarischen Sozialdemokratin wird von den Akteuren der damaligen Zeit und den Chronisten überwiegend bestätigt. Es ging um Freiheit und Demokratie, aber nicht um die Rückkehr zu privatkapitalistischen Verhältnissen. Dazu aber noch einige Überlegungen von Erich Lessing, Österreicher, 1923 in Wien geboren und Mitglied der Photoagentur »Magnum«. Er war in der Zeit vor dem Aufstand und während des Aufstands in Ungarn und schildert den Ablauf ungefähr so:

Es herrschte Reformstimmung, die kritischen Elemente der Gesellschaft sammelten sich im Kreis um Petöfi, den ungarischen Nationaldichter aus der 1848er-Zeit der Aufstände gegen die Habsburger Monarchie, überall wurde von Reformen geredet, selbst innerhalb des Parteiapparats der KP. Der Alltag war hart für die meisten Menschen, die Enttäuschungen nach all den Hoffnungen aus den 50er Jahren waren riesengroß. Gleichzeitig zirkulierten die Nachrichten aus Polen vom dortigen Aufstand der ArbeiterInnen und der Einsetzung von Gomulka als neuem KP-Vorsitzenden...

Deshalb auch am 23. Oktober 1956 die Solidaritätsdemonstration zur polnischen Botschaft in Budapest, um dort die Anerkennung und den Respekt für die Aufständischen in Polen zu zeigen. Es wurde eine Riesendemonstration, die sich nicht mehr auflösen wollte und die, auf welchen Wegen auch immer, auf die Idee kam, auch in Ungarn die symbolische Ordnung des Regimes anzugreifen. Ein Bildersturm begann. Stalin wurde vom Betonsockel gestürzt, Hammer und Sichel aus der ungarischen Fahne ausgeschnitten.

Es gab viel Gewalt und Hass. Vom Charakter her eine linke Revolte, fanden sich in den Reihen der Aufständischen neben Reformkommunisten und Sozialdemokraten auch Royalisten, Katholiken, rechtsextreme Milizen und sehr viel wütendes und aufständisches Volk. Es kam – allerdings erst, nachdem die verhassten AVH-Leute (die ungarische Staatssicherheit) geschossen und getötet hatten – zu Akten der Lynchjustiz: Ungarische »Stasi«-Leute, deren Identität aufgedeckt wurde und solche, die man dafür hielt, wurden mit dem Kopf nach unten an Bäumen aufgehängt wie ehemals Mussolini, als Beigabe noch ein Bild ihres Parteidiktators auf der Brust befestigt. Anhänger der herrschenden Apparate spürten plötzlich jene Angst, die viele oppositionelle Akteure über Jahre kennen gelernt hatten. Sie wurden gesucht und gejagt. Der Bildersturm auf die kommunistischen Symbole erinnerte an die französische Revolution, nur waren es damals Kirchenvertreter und Aristokraten, die sich vor der aufständischen Wut des Volkes verstecken mussten.

Nationale Unabhängigkeit in Analogie zu den Kämpfen gegen die Habsburger Monarchie ein Jahrhundert zuvor – dies war die eine Ebene der Freiheit, um deren Verwirklichung es den Aufständischen ging. Die Formierung der Räte war eine andere Ebene von Freiheit und Demokratie. Sie bedeutete zugleich die Herausbildung einer gesellschaftlichen Gegenmacht mit einer eigenen Dynamik. Der Alltag musste organisiert werden, sowohl auf der lokalen wie auf der betrieblichen Ebene, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Damit aber entwickelten sich in dieser freiheitlichen Situation zugleich die Diskussionen über die Frage: »Was und wie produzieren?«, über die Auswahl und die Methoden der Leitung, die Festlegung der Löhne und der Lohnunterschiede. So begann sich, ganz in Ansätzen, diese langaufgestaute Unzufriedenheit zu transformieren in den Aufbau einer demokratischen Ordnung von unten, aus der Gesellschaft heraus.

Jugoslawien mit seiner Arbeiterselbstverwaltung war in den voran gegangenen Monaten ebenfalls Gegenstand der öffentlichen Debatten gewesen, nicht nur unter Arbeitern. Selbst die ungarische Gewerkschaftsführung hatte sich im Sommer 1956 in Jugoslawien das »Rätemodell« angesehen und diskutierte das Für und Wider solcher Gremien. Viele Arbeiter stellten sich die Verhältnisse in Jugoslawien so vor, dass dort die Arbeiter die Kontrolle hätten über die Produktion, mitentscheiden würden in allen Fragen der betrieblichen Organisation: Arbeiterselbstverwaltung eben.

Der Kampf um die Freiheit war insofern vielschichtig: Es ging zunächst sehr wohl um eine nationale Selbstbestimmung, um ein »Raus aus dem Sowjetblock« und ein »Hinein in die Bewegung der Blockfreien« – wenige Wochen zuvor hatten die Österreicher den Ungarn dies vorgemacht. Es ging also!

Doch der viel tiefere Grund für das Verlangen nach Freiheit entstand aus den sozialen Zwangsverhältnissen selbst, in denen die Mehrheit der Bevölkerung in Ungarn alltäglich leben und arbeiten musste. Die Macht war konzentriert in den Händen des kommunistischen Partei- und Staatsapparats, die soziale Lage und Versorgung war, über zehn Jahre nach dem Krieg, immer noch sehr schlecht. Schauprozesse und brutalste Verhörpraktiken überzogen Ungarn noch zu Beginn der 50er Jahre. Gefordert wurden Pressefreiheit- und Meinungsfreiheit: Die Medien sollten ›von unten‹ kontrolliert werden, und nicht von oben durch die Partei. Übrigens: Während der Revolution gab es in fast allen Städten eigene, revolutionäre Rundfunkstationen! Die stalinistische Diktatur der Partei sollte abgelöst werden durch eine demokratische Kontrolle von unten, so verstanden sich die Revolutionskomitees in den Gemeinden, bei den Schriftstellern, Studenten, in den Ministerien oder in der Armee. Mit ihnen ebenso wie mit den Arbeiterräten in den Betrieben schien für kurze Wochen nicht nur eine Alternative zum Terror Stalins auf, sondern eine Ahnung von dem, was Volks-Selbstermächtigung und Arbeiter-Selbstverwaltung beinhalten und erreichen können.

Genau deshalb fehlt auch die Auseinandersetzung mit den Arbeiterräten und der sich neu organisierenden aufständischen Gesellschaft in der offiziellen aktuellen Erinnerungskultur. In Zeiten, in denen die Herrschenden an Legitimation verlieren, können sie schwerlich über damalige soziale Sehnsüchte reden, die bis heute nicht eingelöst sind. Das müssen wir schon selber tun: den Zusammenhang herstellen zwischen den damaligen Aufständen und zeitgenössischen gesellschaftskritischen Vorstellungen und Perspektiven.

Übrigens führten gerade die Aufstände in Ungarn und die Entstehung der Arbeiterräte zu einer Debatte in Italien und Frankreich – in Italien insbesondere im Umfeld Raniero Panzieris, des späteren Herausgebers der Quaderno Rossi, und in Frankreich innerhalb der Gruppe »socialisme et barbarie« – um die Frage der Arbeiterkontrolle gegenüber der Vorherrschaft des Partei- und Gewerkschaftsapparats in den Arbeiterbewegungen auch im Westen.

** Renate Hürtgen und Willi Hajek sind Mitglieder des Arbeitskreises »Geschichte sozialer Bewegungen von unten Ost/West«*

Anmerkungen:

1) *Zsuzsanna Körösi/Adrienne Molnar: »Mit einem Geheimnis leben. Die Schicksale der Kinder der Verurteilten von 1956«, Herne 2005*
2) *in: Lothar Ruehl: »Der Spiegel«, abgedruckt in: Melvin J. Larski: »Die ungarische Revolution. Die Geschichte des Oktoberaufstandes nach Dokumenten, Meldungen, Augenzeugenberichten und dem Echo der Weltöffentlichkeit«, Berlin 1958. Anna Kethly wurde als ehemalige Vorsitzende der ungarischen Sozialisten am 27. Oktober 1956 Mitglied der Nagy-Regierung, die nur wenige Tage amtierte.*

Gewerkschaft SINALTRAINAL berichten in Wuppertal und anderen Städten darüber, wie die kolumbianische Tochter der Coca Cola Company mit Todesschwadronen kooperiert, um gewerkschaftlich engagierte Beschäftigte des Konzerns einzuschüchtern und zu eliminieren. Seit 2003 ruft SINALTRAINAL – als letztem Mittel in dieser langjährigen Auseinandersetzung – zum Boykott von Coca Cola auf, unterstützt durch die internationale Kampagne gegen Coca Cola. Ähnlicher Praktiken wie Coca Cola bedient sich der Nestlé-Konzern in Kolumbien, was ebenfalls Thema des Abends sein wird.
Die Basisinitiative Solidarität (BaSo), die »Belegschaftsliste Bayer« und das Wuppertaler Sozialforum waren von Anfang an in der Coca Cola Kampagne aktiv und freuen sich, dass sie nun auch in vielen anderen Städten und an Universitäten aufgegriffen wird. Die Veranstaltungen werden außerdem unterstützt von attac Wuppertal, dem Wuppertaler Sozialforum und dem Infobüro Nicaragua.

Zeit: *15. Nov. 2006, Beginn: 19 Uhr*
Ort: *Alte Feuerwache, auf der Gathe 6, Wuppertal*
Weitere Veranstaltungen zu diesem Thema am:
13. November in Düsseldorf
14. November in Köln
15. November in Bochum,
17. November in Essen und Duisburg

Leserliches

Von der Beratung »Illegaler« zur illegalen Beratung

Etwas älter zwar, aber vor dem Hintergrund der immer systematischeren Abschottungspolitik der »Festung Europa« und der großen Vorbehalte gegenüber den vermeintlichen »Migrantenströmen« oder -»Fluten« in Folge des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien immer noch empfehlenswert ist die in der Reihe »brd + dritte welt« im Kieler Magazin-Verlag 2003 erschienene Broschüre »Ohne Papiere in Deutschland«. Der Autor Andreas Beisbart unternimmt dort den Versuch, differenziertere und offenere Umgangsformen mit dem Problem der »Illegalität« vorzustellen, als sie insbesondere im Horizont vieler deutscher Gewerkschaften denkbar scheinen.
Der Autor beschreibt im ersten Teil die Rahmenbedingungen: Weshalb leben Menschen ohne Papiere in Deutschland? Er beschreibt Grenzsicherung und Abschottung nicht als Mittel, die Zahl der so genannten »Illegalen« – oder besser: Illegalisierten – zu vermindern, im Gegenteil. Je schwerer es Einwanderern gemacht wird, legal in Deutschland zu leben und zu arbeiten, desto mehr Menschen leben ohne Erlaubnis hier.
Im zweiten Teil wird die Lebenssituation Papierloser unter den Überschriften »Arbeit und Ausbeutung«, »Unterkunft«, »Gesundheitsfürsorge«, »Bildung«, »Soziale Beziehungen und Netzwerke« beschrieben. Der dritte Teil präsentiert und diskutiert Forderungen zur Verbesserung der Situation der Papierlosen. Dabei geht es zum einen um die Frage, wie »Illegalität« vermieden werden kann, aber auch um die Forderung zur Legalisierung von Papierlosen – wie es viele andere europäische Länder vorgemacht haben. Der letzte Teil schließlich geht auf die Möglichkeiten der Migrationssozialberatung ein: Welche Beratung Papierloser ist problemlos möglich, wo beginnen die juristischen Probleme (verbotene Unterstützung)? Welche Möglichkeiten hat die Migrationssozialberatung, in welchen Bereichen sind die Möglichkeiten begrenzt?

Bezugsbedingungen & Bestellinformationen: *Andreas Beisbart: »Ohne Papiere in Deutschland«, Broschüre, 48 Seiten, Magazin-Verlag, 2 Euro; Bestellungen an: www.brd-dritte-welt.de, bestellung@gegenwind.info*

11. November 2006 – 19.30 Uhr
Universität-Hamburg – Philturm Hörsaal D – Von-Melle-Park 6
ak – analyse & kritik lädt ein zur Buchvorstellung:
Israel – Deutschland – Israel
Moshe Zuckermann „Reflexionen eines Heimatlosen“
Unterstützer: fsr germanistik
rlb Rosa-Luxemburg Bildungswerk
ak ARBEITSKREIS GEGEN DAS VERGESSEN HAMBURG
www.akweb.de

Schrittmacher

Peter Vollmer über Wolfgang Schaumberg: »Eine andere Welt ist vorstellbar?«

Mit der Veröffentlichung der Thesen von Wolfgang Schaumberg unter der Überschrift »Mehr ist drin! Radikale Linke und Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heute« hat die Redaktion meines Erachtens einen guten Beweis dafür erbracht, dass der *express* eine wichtige und kaum verzichtbare »Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« ist. Sozialistisch schränkt allerdings meines Erachtens die Sichtweise unnötig ein, sollte der *express* nicht besser in Richtung »linksalternativ« offen sein, entspricht das nicht überhaupt auch der Realität?

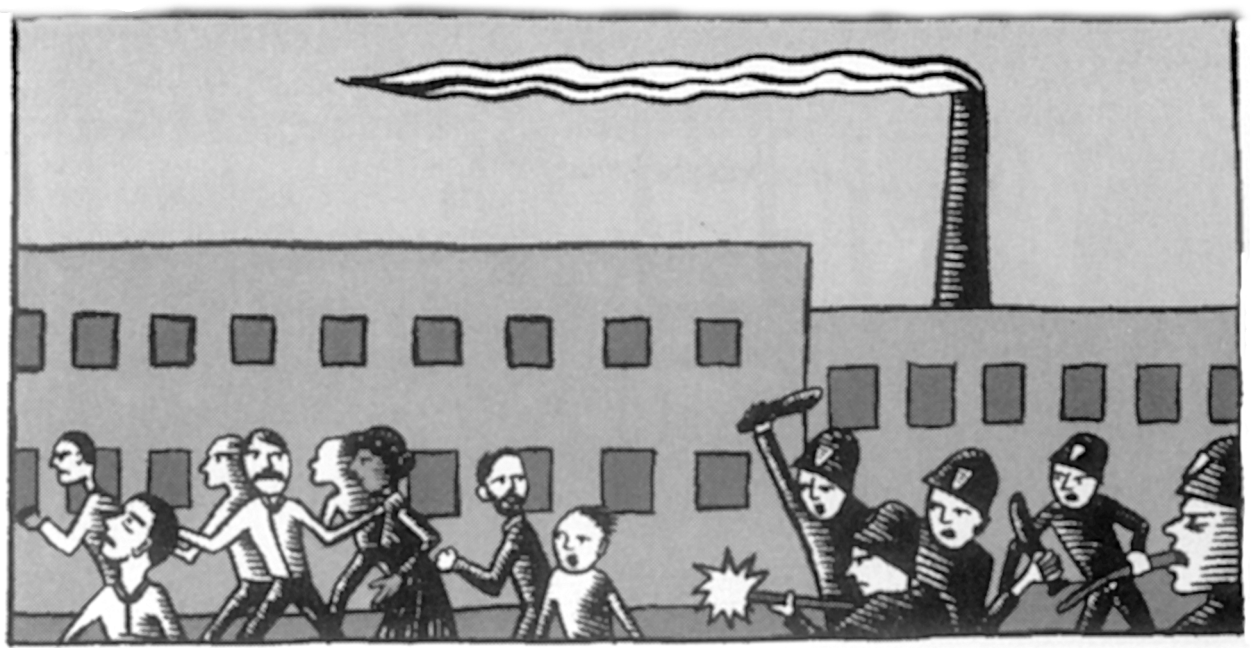
In der Tat »vereint der Beitrag auf eine in der bundesrepublikanischen Diskussion der politischen und akademischen Linken vergleichsweise seltene Weise eine Auseinandersetzung sowohl mit aktuellen theoretischen Ansätzen zur Frage, was postkapitalistische Orientierung heute heißen könnte, als auch mit der Verarbeitung von Erfahrungen von Beschäftigten aus der industriellen Produktion, der Rolle betrieblicher Oppositionsgruppen sowie der besonderen Bedeutung der Gewerkschaften für die Beförderung bzw. Verhinderung dieser Erfahrungen«.

Mir gefällt Schaumbergs Zusammenstellung sehr, sie scheint mir insbesondere gut geeignet als Grundlage für weitere Überlegungen und Diskussionen. Hier ein paar Hinweise:

Bei den Thesen empfinde ich die Konzentration auf die Arbeitszeitverkürzung etwas übergewichtig. Schaumberg beschreibt hier ausführlich, wie attraktiv in einer anderen Gesellschaft mit der durch Rationalisierung verkürzten notwendigen Arbeitszeit umgegangen werden kann, er entwickelt hier eine realistisch klingende Utopie. Das ist gut so. Aber im Verhältnis dazu enthält der Artikel nicht allzu viele Überlegungen über den Weg, wie diese Utopie zur Wirklichkeit werden könnte. Allerdings finde ich es sehr wichtig, dass und wie Schaumberg die deutschen Gewerkschaften als großes Hindernis herausarbeitet.

In der in der Reihe »Ränkeschmiede« (herausgegeben von AFP e.V., Redaktion *express* und TIE e.V.) veröffentlichten Langfassung des o.g. Beitrags schildert Schaumberg ausführlich die Erfahrungen, die die ArbeiterInnen in der Keramikfabrik *Zanon* in Argentinien gemacht haben und weiterhin machen. Diese untermauern in plastischer Weise, wie die Selbstverwaltung eines Betriebs aussehen könnte. Hierzu gibt es in Südamerika eine wachsende Zahl von Beispielen. Drei Jahre haben die ArbeiterInnen bei *Euzkadi* in Mexiko gestreikt, bevor sie dann die Produktion in eigene Hände genommen haben. Und Azzellini und Ressler lassen in ihrem Film »5 Fabriken – Arbeiterkontrolle in Venezuela« viele Menschen über diesbezügliche Erfahrungen mit Selbstverwaltung zu Wort kommen (der Bericht darüber ist ein weiterer Beweis für den Nutzen des *express*!).

Hier könnten wir aber auch mal genauer hinsehen, welche Formen von Selbstverwaltung in Deutschland unter dem Begriff »Solidarische Ökonomie« existieren. Die AG SPAK organisiert im November in Berlin zu diesem Thema einen Kongress, der als Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs für die vielen, teils sehr unterschiedlichen Projekte in diesem Bereich konzipiert ist. Da gibt es alte und neue Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Wohn- und Gemeinschaftsprojekte, Tauschringe, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairen Handel, landwirtschaftliche Kommunen und Direktvermarktung, Frauenprojekte, Initiativen für offenen Zugang zu Wissen und andere Formen wirtschaftlicher Selbsthilfe. Bei diesen Projekten wäre die Betrachtung der Schnittstellen zum existierenden Kapitalismus von besonderem zusätzlichen Interesse. Denn der Übergang zu einer »möglichen anderen Welt« ist bekanntermaßen besonders problematisch.



Schaumberg beschreibt in den Ränkeschmieden ein Schulprojekt, in dem heute schon in einer staatlichen Grundschule die Kinder (für »eine andere Welt« oder) wie in »einer anderen Welt« als Individuen positiv an- und ernst genommen, zum Lernen angeleitet und zu selbstbewusster Selbständigkeit, verbunden mit Gruppenfähigkeit von den LehrerInnen hingeführt werden. Dabei werden nach Möglichkeit die Eltern einbezogen und darüber hinaus Verbindungen in den Kiez entwickelt. Diese Schule ist nicht so einmalig. Es gibt in der Tat in Deutschland eine Reihe von derartigen ermutigenden Projekten, nicht nur in Grundschulen.

Solche Alternativen lassen sich zur Zeit sicherlich am ehesten in gesellschaftlichen Bereichen verwirklichen, die nicht alleine von Profitmaximierung angetrieben sind. Das wären insbesondere Bildungseinrichtungen und viele staatliche Institutionen, in denen sich vergleichbare Freiräume ergeben; aber sicher auch andere Organisationen wie Bürgerinitiativen, Vereine, Stiftungen oder Nicht-Regierungs-Organisationen überhaupt.

Schaumberg beschreibt am Beispiel der Gruppenarbeit bei Opel, wie hier KollegInnen ein Stück Demokratie am eigenen Leib erfahren haben und wie sie diese verteidigen, wenn sie ihnen wieder weggenommen werden soll (wie etwa die Wahl des Gruppensprechers). Vergleichbare Erfahrungen von Selbständigkeit, Eigenverantwortung, Kollektivität oder Demokratie machen KollegInnen aber auch an verschiedenen anderen Stellen im Großbetrieb. Es gibt heute doch durchaus eine Vielzahl von Möglichkeiten, wo sich Linke einklinken können, um die Vorzüge »einer anderen Welt« schon ein wenig bewusst und erfahrbar zu machen.

Werksschließungen nehmen zu, und der Kampf der KollegInnen dagegen weitet sich aus, die Kampfformen werden ideenreicher, die KollegInnen mutiger und ausdauernder. Als Beispiele seien hier stellvertretend für andere Opel-Bochum, AEG-Nürnberg, Orenstein & Koppel, Gate Gourmet und Bosch-Siemens-Hausgeräte genannt. Auch ohne verbrieftes Streikrecht legen KollegInnen die Arbeit nieder, oder sie wählen dafür den Umweg des Kampfes um einen Sozialtarifvertrag, oder sie verhindern durch Werksbelagerungen den Abtransport von Maschinen und Produkten, oder sie besetzen den Betrieb wie im Falle von Alcatel in Berlin. Die Kampfformen lassen sich auch noch weiter verbessern, wie besonders das Campaigning in den USA zeigt. Trotz alledem und des großen Einsatzes der KollegInnen und all der wichtigen Erfahrungen von Solidarität standen am Ende bisher fast ausnahmslos Beschäftigungsgesellschaft, Sozialplan und Arbeitslosigkeit. Hier könnten Linke über die Unterstützung des einzelnen Kampfes hinaus die Betroffenen zusammenbringen und mit ihnen gemeinsam die tieferen Ursachen der Niederlagen herausarbeiten mit dem Ergebnis: »Eine andere Welt« ist nötig.

Die für den November im *express* angekündigte Konferenz weist in diese Richtung. Jetzt fehlt dann nur noch, dass der *express* vielleicht zusammen mit der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken eine Woche Bildungsurlaub organisiert, um sich mit Schaumbergs vollständigem Text in der »Ränkeschmiede« auseinanderzusetzen und um in der Diskussion über die Aufgaben und Möglichkeiten der Linken kollektiv ein Stück voranzukommen.

Peter Vollmer, Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, Berlin

Auf diesem Wege danken wir der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt noch einmal ganz herzlich für die Förderung der Broschüre »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision«, erschienen in der Reihe Ränkeschmiede, Nr. 16. Die Broschüre kann über die Redaktion des express bezogen werden (s. Impressum).

Nächster Redaktionsschluss: 20. November 2006

ForumRecht
Das rechtspolitische Magazin
für Uni und soziale Bewegung
Die aktuelle Ausgabe mit dem Schwerpunkt *"Ausschließen durch Einschließen: Kriminalpolitik"* jetzt unter
www.forum-recht-online.de
u.a.: Rationalisiert: Neue Sicherheitsstrategien
Ethnisiert: Migration und Strafrecht
Ignoriert: Probleme im Strafvollzug
Pro&Contra: Aktive Sterbehilfe
Hrsg: Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (BAKJ)

In den nächsten Ausgaben: Mitten im Gender-Mainstream: Neue Abhängigkeit und Armut für Frauen ● Einzelhandel voll in der Krise: kein Grund zum Feiern ● ÖGB verzockt sich und das Vermögen seiner Mitglieder ● Starbucks schikaniert weiter ● Gesetzliche Mindestlöhne in Europa u.v.m.

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

☐ *Nadja Rakowitz:* »Einfache Warenproduktion. Ideal & Ideologie«, 2. Auflage, Freiburg 2003

☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006

☐ *Jens Huhn:* »Anders arbeiten – bei vollem Gehalt«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001

☐ *Yvette Bödecker / Heinz-Günter Lang:* »Der längste und letzte Tanz bei Nanz«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 1999

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);

☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

☐ Ich werde Fördermitglied der AFP e.V. (Förderbeitrag: 5 Euro pro Monat) und beziehe den *express*.

Ich zahle mein Jahresabonnement / meine Fördermitgliedschaft / mein ermäßigtes Abo – Beleg beifügen (35/60/18 Euro)

☐ gegen Rechnung

☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von 8 Tagen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M.,
Tel. (069) 67 99 84, *email:* express-afp@online.de
Erscheinungsweise: monatlich (10 Ausgaben/Jahr)
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (einschl. Versandkosten).
Einzuzahlen an AFP, Postbank Frankfurt, Kto.-Nr. 12 47 66 04 (BLZ 500 100 60);
Zusatz Ausland: iban: DE22 500 100 60 0012 47 66 04, swift: BIC PBNKDEFF
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck
Layout/Satz: Birgit Letsch
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt